



DRINKKARIT STEREOTYP INDUSBURG

INHALT



01

- 04 BILDQUELLEN
- 06 VORWORT
[von Anna Irma Hilfrich & Thorsten Schlee](#)
- 10 2. SCHALTZENTRALE
„In den folgenden Texten lasse ich meinen Bruder zu Wort kommen.“
[von Diether Münzberg](#)
- 12 DER MÜLL, DIE STADT UND DER ROST
„Duisburg? Schlimm!“
Eine kleine Psychohistorie des Strukturwandels im Ruhrgebiet am Beispiel der Stadt an Rhein, Ruhr und Emscher.
[von Klaus Steffen](#)
- 21 „TASKFORCE SCHROTTIMMOBILIE“ UND DIE MÄR VON DER AUFWERTUNG
[von Lena Wiese](#)
- 32 IM GESPRÄCH MIT MARIA* & TAMARA*
23. August 2023 in Duisburg-Hochfeld
[von Anna Irma Hilfrich](#)
- 38 STIGMATISIERUNG DER MOBILITÄT INNERHALB DER EÜ: DER FALL DER ROMA AUS RUMÄNIEN
[von Ioana Vrăbiescu](#), aus dem Englischen von [Thorsten Schlee](#)
- 45 BESUCH BEI ILONA*
07. Oktober 2023 in Duisburg-Hochfeld
[von Anna Irma Hilfrich](#)
- 52 LEIHARBEITSKETTEN, AUSBEUTUNGSKETTEN, SOLIDARITÄTSKETTEN.
Notizen aus den urbanen Ausnahmezonen des Ruhrgebiets.
[von Polina Manolova](#), aus dem Englischen von [Thorsten Schlee](#)
- 59 UMARMUNG UND ABWEHR
Migration und Sozialpolitik im Zeichen der Bevölkerungspolitik
[von Thorsten Schlee](#)
- 66 MITWIRKENDE/HERAUSGEBER: IN
69 WEITERES
70 IMPRESSUM

*Namen geändert.

BILDQUELLEN

[01](#) Diether Münzberg: Duisburg-Hochfeld, 1979–82

[Seite 2](#)

[02](#) Heinrich Hafenstaedter: Stadtzerstörung Hochfeld,

Kupferhüttensiedlung, März 1982

[Seite 9](#)

[03](#) Diether Münzberg: Die Kupferhütte nach der Schließung 1985,

2.Schaltzentrale

[Seite 11](#)

[04](#) Diether Münzberg: Duisburg-Hochfeld, 1979–82

[Seite 12](#)

[05](#) Bodo Reischmarquart: Kupferhüttensiedlung, 1970er-Jahre,

das Eingangstor von der Blücherstrasse aus gesehen

[Seite 18/19](#)

[06](#) Heinrich Hafenstaedter: Stadtzerstörung Hochfeld,

Kupferhüttensiedlung, März 1982

[Seite 20](#)

[07](#) Heinrich Hafenstaedter: Stadtzerstörung Hochfeld,

Kupferhüttensiedlung, März 1982

[Seite 20](#)

[08](#) Heinrich Hafenstaedter: Stadtzerstörung Hochfeld,

Kupferhüttensiedlung, März 1982

[Seite 20](#)

[09](#) Diether Münzberg: Duisburg-Hochfeld, 1976,

Beschreibung eines Lebensraumes

[Seite 29](#)

[10](#) KiezKids 053: Unterwegs im Kiez, 2023

[Seite 29](#)

[11](#) KiezKids 053: Unterwegs im Kiez, 2023

[Seite 30](#)

[12](#) Diether Münzberg: Duisburg-Hochfeld, 1976,

Beschreibung eines Lebensraumes

[Seite 31](#)

[13](#) KiezKids 053: Unterwegs im Kiez, Rheinpark, 2022

[Seite 32/33](#)

[14](#) Diether Münzberg: Duisburg-Hochfeld, 1976,

Beschreibung eines Lebensraumes

[Seite 35](#)

[15](#) KiezKids 053: Unterwegs im Kiez, Rheinpark, 2022

[Seite 35](#)

[16](#) Diether Münzberg: Duisburg-Hochfeld, 1976,

Beschreibung eines Lebensraumes

[Seite 36](#)

[17](#) KiezKids 053: Unterwegs im Kiez, Rheinpark, 2022

[Seite 37](#)

[18](#) KiezKids 053: Unterwegs im Kiez, Karl-Jarres-Str., 2023

[Seite 43](#)

[19](#) KiezKids 053: Unterwegs im Kiez, 2022

[Seite 44/45](#)

[20](#) Heinrich Hafenstaedter: Stadtzerstörung Hochfeld,

Kupferhüttensiedlung, März 1982

[Seite 50/51](#)

[21](#) KiezKids 053: Unterwegs im Kiez, Rheinpark, 2022

Blick auf „Brücke der Solidarität“

[Seite 58/59](#)

[22](#) Heinrich Hafenstaedter: Stadtzerstörung Hochfeld,

Kupferhüttensiedlung, März 1982

[Seite 70/71](#)

zu Fotografien Diether Münzberg:

© Sämtliche Nutzungsrechte an den abgebildeten Fotografien liegen bei Diether Münzberg/Fotoarchiv Ruhr Museum, siehe auch Mitwirkende S.66.

zu Fotografie Bodo Reischmarquart:

Quelle WDR Digit/bodo.reischmarquart

zu Fotografien Heinrich Hafenstaedter:

© Sämtliche Nutzungsrechte an den abgebildeten Fotografien liegen bei Heinrich Hafenstaedter, siehe auch Mitwirkende S.68.

zu Fotografien KiezKids 053:

Die offene Medienwerkstatt im Zentrum für Kultur Hochfeld für Kids ab 8 Jahren.

© Sämtliche Nutzungsrechte an den abgebildeten Fotografien liegen beim SGD.V.e.V., siehe auch Mitwirkende S.68.

VORWORT

von Anna Irma Hilfrich
& Thorsten Schlee

Dieses kleine Bändchen versammelt Aufsätze und Interviews zu Lebensbedingungen von EU-Mitbürger:innen in Duisburg, und darüber hinaus. Werfen wir den Blick auf einen speziellen Ort, sehen wir schnell, dass er nicht für sich steht. Er ist verflochten mit den großen politischen und sozioökonomischen Strömungen unserer Gegenwart. Deshalb trägt dieser Band den Titel **EuropaLokal**: Hier geht es um Lebensrealitäten in Duisburg, lokale Begebenheiten, Arbeits- und Wohnverhältnisse insbesondere unserer aus Rumänien und Bulgarien stammenden Nachbarschaft. Ihre Biografien sind verflochten mit dem Rückzug des Geldes aus einer einst ‚blühenden‘ Industriemetropole; mit den anhaltenden Deinvestition und der Deindustrialisierung in Osteuropa nach dem ‚Fall des Eisernen Vorhangs‘, die Millionen Menschen jedes Jahr in die Zentren kapitalistischer Akkumulation bewegt; und mit einem Europa, dessen ‚Integration‘ sich seit nunmehr Jahrzehnten fatal mit dem Rückbau von Arbeitsschutz und sozialen Rechten verbindet. Davon erzählen die Biografien unserer Nachbar:innen – das sind ihre Geschichten und die Geschichte Duisburgs.

Für wen eigentlich ist dieses Europa eine Erfolgsgeschichte? Die Bemühungen, ein demokratisches und ein soziales Europa zu entwerfen, das es sein könnte, bleiben jedenfalls irgendwo zwischen schönen Worten und den Lebenswirklichkeiten vieler europäischer, und auch nicht-europäischer, Bürger:innen auf der Strecke. Davon sehen wir überall die Spuren: wir sehen sie in breiter Europa-Skepsis, die materielle Ursachen hat, wir sehen sie in der gleichzeitigen symbolischen und materiellen Abwertung von Migrant:innen, die als Ursache sozialer Verwerfungen identifiziert werden, während sie gleichzeitig gezwungen sind, in großer Zahl fast unsichtbar in schlecht bezahlten, krank machenden und nicht selten gefährlichen Arbeitsverhältnissen ihr Auskommen zu suchen.

In Duisburg lassen sich Effekte dieser doppelten Bewegung von Abwertung und Ausbeutung sehr gut beobachten: In den eindimensionalen Problembeschreibungen die von ‚Problemhäusern‘ bis zum ‚bandenmäßigen Sozialleistungsmissbrauch‘ reichen. Das Ausblenden der Ursachen für prekäre Lebensrealitäten lässt hartes Durchgreifen plausibel erscheinen und schürt rassistische Ressentiments. Das erzeugt ein Klima des beständigen Misstrauens, der Spaltung, die den Blick auf ein gemeinsam gestaltbares Zusammenleben verstellen.

In dieser Publikation geht es darum, die mehrschichtigen sozialen Prozesse zu fassen, die dazu führen, dass Menschen sich in prekären Lebenssituationen befinden, und um die Frage, wie sich diese Prekarität dauerhaft reproduziert, um ein an Gewinnmaximierung orientiertes System zu erhalten. Das führt uns zum zweiten Titel dieses kleinen Bändchens: **PREKARISIERUNG IN DUISBURG**. In den Textbeiträgen der hier versammelten Autor:innen schauen wir uns diese Prozesse, die zu Grunde liegenden Strukturen und ihre Effekte an. Wissenschaftliche Beiträge, Essays und Gespräche mit unseren Nachbar:innen entfalten ein vieldimensionales Bild der aktuellen Problemlagen – die unsere unmittelbare Lebenswirklichkeit prägen, aber ohne einen historischen und überregionalen Blick nicht zu begreifen sind.

Der Prozess der Prekarisierung in Duisburg hat nichts mit der ‚Süd-Ost-Erweiterung‘, dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 zu tun. Die historische Kontinuität Duisburger Verhältnisse wird vor allem im Essay des Musikers und Literaten [Klaus Steffen](#) greifbar. Wir besuchen mit **DER MÜLL, DIE STADT UND DER ROST** die Arbeiterquartiere der 1970er-Jahre und folgen dem gebürtigen Duisburger auf seinen analytischen Erinnerungspfaden bis in die Gegenwart des problematisierten Stadtteils Hochfeld.

Dass sich menschenentwertende Problemzuschreibungen seit den 70ern kaum verändert haben, wird im Beitrag **„TASKFORCE SCHROTTIMMOBILIE“ UND DIE MÄR VON DER AUFWERTUNG** sichtbar. Die interdisziplinäre Sozialwissenschaftlerin und Aktivistin [Lena Wiese](#) agiert mit dem Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen e.V. seit 2021 im Stadtteil Hochfeld. Aus der Arbeit im Kiez – dem gelebten Miteinander unterschiedlicher Herkünfte – und dem gewonnenen Wissen aus der kritischen Stadtforschung vergangener Projekte setzt sie die aktuellen Aufwertungs Bemühungen im Stadtteil Hochfeld und die anhaltenden Zwangsräumungen insbesondere rumänischer und bulgarischer Rom:nja in direkte Beziehung und arbeitet die rassistische und antiziganistische Grundhaltung des Behördenhandelns heraus. Weiter weiß sie aus ihrer praktischen Arbeit von den armutsreproduzierenden Effekten für die Betroffenen zu berichten.

Dass Rom:nja nicht nur in Duisburg besonders ins Fadenkreuz behördlicher Interventionen geraten, schildert der Text **STIGMATISIERUNG DER MOBILITÄT INNERHALB DER EU: DER FALL DER ROMA AUS RUMÄNIEN** (STIGMATIZATION OF INTRA-EU MOBILITY: THE CASE OF ROMA FROM ROMANIA im Englischen Original). Die an der Vrije Universiteit Amsterdam forschende Politikwissenschaftlerin [Iona Vrăbiescu](#) nimmt die inhereuropäische Mobilität und ihre Kontrolle in den Blick. Sie spannt einen Bogen vom Anschließen Osteuropas in den 1990ern an den westlichen Markt – der im Effekt zu Rückentwicklung und De-industrialisierung der industriestarken Regionen des Ostens und so zu Massenauswanderung führte – bis zu den aktuellen staatlichen Strategien der Versicherheitlichung der Migration. Migrant:innen sind immer ein ‚potenzielles Risiko‘ für den national-sozialen Staat. Dabei wird der Diskurs der Versicherheitlichung der Migration von zwei Stoßrichtungen angetrieben: der Angst vor dem Verfall des national-sozialen Staates und der gefühlten Angst seiner ‚Einheimischen‘ vor Verlust der ‚Werte‘ und ‚Normen‘. Die so kategorisierbaren Menschen in nützlich/gefährlich, werden zu verletzlichen, rechtlich und materiell prekären Getriebenen.

Dieses Arrangement führt nicht nur zur Verstetigung der Armut, sondern in seiner Konsequenz ist es lebensgefährlich, wie in dem Beitrag **LEIHARBEITSKETTEN, AUSBEUTUNGSKETTEN, SOLIDARITÄTSKETTEN** (SUBCONTRACTING CHAINS, CHAINS OF EXPLOITATION, SOLIDARITY CHAINS im Englischen Original) deutlich wird. Nach dem Tod des 26-jährigen Bulgaren Refat Süleyman kam es in Duisburg-Marxloh zu Demonstrationen. Der junge Industriereiniger wurde an seinem Arbeitsplatz, dem weitläufigen Gelände in Bruckhausen des Stahlherstellers Thyssenkrupp Steel, im Oktober 2022 in einem Schlackebecken leblos gefunden. Die Ethnografin [Polina Manolova](#) und Mitbegründerin des Vereins Stolipinovo in Europa e.V. beginnt ihre Notizen bei diesem Ereignis. Refat Süleymans Tod steht im direkten Zusammenhang zur gängigen Praxis der Auslagerung von betrieblichen Aufgaben an Leih-

arbeitsfirmen. Manolova schildert die Struktur der Leiharbeit, die beharrlich Arbeitsrechte und Arbeitsschutz unterminiert – erstrittene Errungenschaften der Arbeitskämpfe vergangener Jahrzehnte. In den selbstorganisierten Protesten, die nach dem Tod Süleymans in Marxloh und anderen Stadtteilen Duisburgs stattfanden, scheint die Möglichkeit zu neuen Arbeitskämpfen durch. Dass der ‚liberaler‘ Mainstream mit der Ästhetik der Proteste fremdelt, passt ins Bild der kontinuierlich gewachsenen Abwertungsreflexe.

Abwertung, Kriminalisierung und Vertreibung scheinen seltsam unverbunden neben wohlwollenden Integrationsbemühungen zu stehen. In **UMARMUNG UND ABWEHR** weist der Politikwissenschaftler [Thorsten Schlee](#) auf den gemeinsamen Kern einer nur oberflächlich gespaltenen Einwanderungspolitik hin – die Bevölkerungspolitik. Das Wissen um eine Bevölkerung, sichtbar in Statistiken und demografischen Daten, lässt vermeintlich ideologiefreie Kosten-Nutzen-Rechnungen über das Öffnen und Schließen von Zugängen plausibel erscheinen und leitet öffentliche Diskurse, wie politisches und administratives Handeln auf allen Ebenen des politischen Systems an.

In den Gesprächen, die [Anna Irma Hilfrich](#) mit Hochfelder:innen führte, wird deutlich, was dies für Menschen konkret bedeutet. Wir begegnen den Rumäninnen **MARIA* UND TAMARA*** und hören ihre Geschichte, wir treffen die aus Polen stammende **ILONA***, die präzise schildert, was Arbeiten in Deutschland für sie bedeutet, und wir erinnern uns mit [Diether Münzbergs](#) Text **2. Schaltzentrale**, in dem sein Bruder zu Wort kommt, wie es Arbeitenden im Zuge der Deindustrialisierung in Duisburg in den 1980ern erging.

Visuell getragen wird diese Publikation von Fotografien des Stadtteils Duisburg-Hochfeld von den 1980ern bis in die Gegenwart. Wir flanieren durch Hochfeld, durch Zeit und Raum, mit den Fotografien [Diether Münzbergs](#), des Duisburger Bloggers [Heinrich Hafenstaedter](#) und der Kinder und Jugendlichen aus dem Hochfeld der Gegenwart, den **KiezKids 053**. Es geht in diesem Bändchen nicht zuletzt darum, Verbindungen zu suchen, sich in Beziehung zu setzen. So sind die Fotografien nicht nur als dokumentarische Zeugenschaften zu verstehen; insbesondere in den Bildnissen der Kinder glimmt die Hoffnung auf einen lebendigen, gemeinsam gestaltbaren Lebensraum.

An dieser Stelle möchten wir uns bedanken! Unser Dank gilt dem Jugendring Duisburg, der diese Publikation ermöglichte. Selbstverständlich sagen wir Danke allen Autor:innen für ihre wunderbaren Texte. Ganz besonderer Dank geht an Tamara*, Maria* und Ilona*. Die Sternchen weisen darauf hin, dass ihre Namen geändert wurden. Zu groß ist die Angst vor Repressionen; um so dankbarer sind wir für euer Vertrauen und den Mut, eure Geschichten zu teilen. Wir danken den Fotografen für die eindrucksvollen Bildnisse! Ohne eure Arbeit würde dieser Publikation eine wichtige Ebene fehlen. Und auch ein ganz besonderer Dank geht an Diether Münzberg, der uns freimütig seinen Text 2. SCHALTZENTRALE zur Verfügung stellte. Ebenso freimütig waren Isolde Parussel und Stefan Schroer, unser ehrenamtliches Lektoren-Team, danke euch!

Nicht vergessen wollen wir diejenigen, die sich frühzeitig in Duisburg gegen den unwürdigen Umgang mit unseren EU-Mitbürger:innen aus Rumänien und Bulgarien

öffentlich positionierten. Hier ist besonders das anpackende Engagement von Silvia Brennemann in Marxloh zu erwähnen sowie der Arbeitskreis Antiziganismus des Duisburger Institut für Sprach- & Sozialforschung (DISS) mit ihrer Publikation **NICHTS GELERNT?! KONSTRUKTION UND KONTINUITÄT DES ANTIZIGANISMUS** (2020). Eure Arbeit lädt zum WEITERMACHEN! ein und auch dafür möchten wir uns sehr herzlich bedanken!

Einige Worte zum geschlechterbewussten Sprachgebrauch. Wir haben die von den Autor:innen genutzten Sprachformen übernommen. Die aus dem Englischen übersetzten Texte sind nicht gegendert, da nach Einschätzung des Übersetzers die inhaltliche Wiedergabe gelitten hätte.

Duisburg, 2024.



02

2. SCHALTZENTRALE

„In den folgenden Texten lasse ich meinen Bruder zu Wort kommen.“

aus: DIE DUISBURGER KUPFERHÜTE NACH DER SCHLIEßUNG 1985
von Diether Münzberg 1988/2014

Das Bild der zerfallenen Schaltzentrale erinnert mich an meine eigene Geschichte. In einer ähnlichen Warte, etwa dreimal so groß, habe ich zuletzt bis zu meiner Entlassung gearbeitet. Bis ich nicht mehr konnte. Es ging nix mehr, ich war gesundheitlich am Ende. Warum? Wie kam es dazu?

Als ich vor etwa zwanzig Jahren auf der Hütte anfang, war ich Wartungsmonteur. Ich hatte Klempner/Installateur bei einem kleinen Krauter gelernt und dort auch gearbeitet. Berufliche Sicherheit bot aber nur eine große Firma. Also Kupferhütte.

Ich war glücklich, hatte wenig Stress, nette Kollegen und das Gefühl, eine alte Tradition fortzusetzen, denn alle meine männlichen Familienmitglieder hatten irgendwann mit der Hütte zu tun.

Später habe ich dann so langsam ‚Karriere‘ gemacht, bis zum Meistervertreter. Mitte der 70er-Jahre habe ich einen Meisterkurs mitgemacht, leider ohne Erfolg. Zu blöd, zu wenig Engagement, zu träge ... was weiß ich, mir ging es ja auch so ganz gut.

Als die Hütte dann Anfang der 80er-Jahre damit begann, einzelne Betriebe innerhalb der Fabrik zu schließen – es gab viel Protest damals –, war ich einer der wenigen Glücklichen, die von dem neuen Besitzer der Hütte einen befristete-

ten Arbeitsvertrag bekamen. Ich fühlte mich privilegiert. In einer Stadt wie Duisburg arbeitslos zu sein, ist schließlich kein Vergnügen. Für die Arbeiter über vierzig und mit meiner schlichten Qualifikation gab es damals keine Arbeitsplätze. Ich war Ende Dreißig. Okay, ich durfte also weiter machen. Hätte ich meine Zukunft vorhergesehen, wäre ich besser gleich gegangen.

Mein neuer Arbeitsplatz war die Energiezentrale des Hochofenbetriebs, alle anderen Betriebe waren eh schon geschlossen. Schöne neue Welt! Du kannst es dir nicht vorstellen, acht Stunden nur Knöpfe drücken, auf blinkende Lichter achten, und nur den Überblick nicht verlieren. Das nervt. Wenn du Mist baust, geht irgendwo was zu Bruch, und das bedeutet Produktionsausfall. Das sehen die Herren gar nicht gerne. Passiert dir das mehr als zweimal, bist du weg vom Fenster.

Nun, erst lief es ganz gut, wir waren zu viert auf der Schicht, zwei in der Warte, zwei auf Kontrollgang. Man konnte sich ablösen, Verantwortung teilen. Dann hieß es: Drei Personen reichen auch. Wir haben protestiert, aber selbst der Betriebsrat war machtlos. Die hatten selber Schiss!

Stress blieb nicht aus. Wurde ein Kollege krank, gab es zu Anfang noch den



03

Springer, der aber schnell abgeschafft wurde. Dann musstest du die Schicht mit nur zwei Mann bewältigen. Unmöglich.

Heute würde man das Vorgehen der Werksleitung als Raubtierkapitalismus bezeichnen: Produzieren was geht und das so billig wie möglich. Von Verantwortung für die Belegschaft, lange Jahrzehnte bei der Hütte oberstes Gebot des Managements, war nichts mehr zu spüren. Wir waren zu Nummern verkommen.

Die Gewerkschaft?

„Da können wir nichts machen, Kollege, da musst du durch. Die Zeiten sind nun mal so...“.

Geschwätz.

Also, den Stress konntest du so nicht ertragen. Und wie es dann so geht: Der eine säuft, der andere wird krank, und der nächste kriegt nix mehr geregelt. So wie ich. Schweißausbrüche, Schlaflosigkeit, Übelkeit und zuletzt Angst und Ekel vor dem Arbeitsplatz. Das ging so weit, dass ich die Messwarte nicht mehr betreten konnte, als wäre da eine Wand aus Glas.

Was sollte ich machen? Tabletten? Saufen? Ich entschied mich für die Therapie. Ich wurde krankgeschrieben, und nach einem Jahr war ich meinen Job los. Arbeitslos mit Frau und zwei Kindern.

DER MÜLL, DIE STADT UND DER ROST

„Duisburg? Schlimm!“

Eine kleine Psychohistorie des Strukturwandels im Ruhrgebiet am Beispiel der Stadt an Rhein, Ruhr und Emscher.

von Klaus Steffen



04

Zurück in die 70er-Jahre: Müll in den Straßen der überflüssig werdenden Arbeiter- viertel

Man hat sich eingerichtet. Die Malocher sind so gut wie unkündbar – Vollbeschäftigung herrscht. Der Lohn wird inzwischen auf das Konto überwiesen und nicht mehr am Monatsende in bar ausgezahlt, Kleinkredite werden vergeben, Autos gekauft, und man will jetzt nur noch raus aus den schäbigen Altbauten, die in unmittelbarer Nähe zur Fabrik vor sich hin gammeln.

Menschen gehen, der Müll bleibt. Müll in den verfallenden Hinterhöfen, Müll in den Schächten der Kellertreppen, deren Türen sich nicht mehr öffnen lassen, weil sonst eine Lawine aus alten Waschmitteltrommeln, Blechdosen und Zeitungsresten in die Waschküche stürzen würde. Müll auf den Spielplätzen und auf den Bürgersteigen, auf denen frei herumstreunende Hunde ihre Haufen hinterlassen, bis der Hundefänger sie schließlich erwischt.

Und wer produzierte dieses Meer von Müll und bewohnte die Trashmetropolen Bruckhausen, Meiderich-Berg oder Hochfelds Kupferhütten-siedlung? Die Hilfsarbeiter und ihre Familien. Damals noch vorwiegend Biodeutsche – arme Schlucker allesamt, trotz Festanstellung.

Innerstädtische Migration

Nach den Direktoren und Verwaltungsangestellten waren seit den 60er-Jahren schließlich auch die Familien der Facharbeiter, der Schichtführer, der Steiger und Meister in die grünen Vorstädte gezogen. Dageblieben sind nur die Hilfsarbeiter, die nicht genug Kohle für die Neubauwohnung in Homberg, Buchholz oder Walsum hatten, oder die aus irgendeinem Grund Heimatgefühle für diese letzten Überbleibsel des Ruhrgebiets im Classic Mode hatten, mit Ruß an den Wänden und

Fabrikmauern statt Grünanlagen und Garagenhof vor der Neubausiedlung. Aber auch Biogriechen, Biojugoslawen und Bioitaliener blieben noch – wozu Geld für eine Neubauwohnung in Walsum ausgeben, wenn man sich ein Haus in der Heimat bauen kann, wenn man hier im kalten Norden nur sparsam genug lebte? Und natürlich die Neuankömmlinge aus Anatolien, die jetzt begannen, ihre Familien rüberzuholen, denn in den großen Altbauwohnungen, die in dieser Zeit noch niemand schick fand, weshalb sie damals leer standen, war reichlich Platz.

Die Bewohner der heruntergekommenen Arbeiterquartiere wurden auch damals schon oft als Asoziale bezeichnet, ein verseuchter Begriff, mit dem die Nazis Erwerbs- und Wohnungslose stigmatisierten, jetzt belegten die Malocher und Hilfsarbeiterfamilien die wenigen Arbeitslosen und die Familien aus den Obdachlosenasylen mit dem schrecklichen Begriff, um sich von deren Elend abzugrenzen. In solchen Asylen waren Familien oft, weil sie einfach keine Wohnung gefunden hatten und sonst auf der Straße hätten leben müssen. Noch bis in die 70er-Jahre herrschte Wohnungsknappheit, in den Arbeiterbezirken dauerte die Nachkriegszeit länger als in bürgerlichen Stadtteilen.

Die Wohnungen wurden von den betriebseigenen Wohnungsgesellschaften verwaltet und verkommen gelassen, in den alten Zentren des Stahlbooms wurden keine neuen Arbeiterwohnungen mehr gebaut. Die damals heißbegehrten Wohnungen in den nagelneuen Plattenbauten in Homburg, Meiderich, Großenbaum oder Neumühl waren zu teuer für die Habenichtse. Mit Solidarität oder Empathie für die prekäre Lage dieser Systemverlierer war natürlich nicht zu rechnen im Zeitalter der Ölkrise und ersten Massenentlassungen aufgrund von Modernisierungsschüben.

Diese rückblickend als biodeutsch wahrgenommenen Malocherfamilien hatten tatsächlich fast alle eine Migrationsgeschichte, sie waren die dritte und vierte Generation von Migranten aus dem Nord-Osten des Kaiserreichs, aus Polen, Schlesien und Ostpreußen. Sie wurden von den Bürgerlichen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet diskriminiert, genau so entmenslicht und benachteiligt wie alle Fremden, die vor und nach ihnen kamen seit der Zeit des großen Booms der Stahl- und Montanindustrie, die in Duisburg etwas später anging als z.B. in Oberhausen und Essen. Aber die Nachkriegszeit hat alle Stigmata verschwinden lassen, man war wieder wer, und was vorher war, darüber wurde nicht gesprochen. Plötzlich waren die alten Zuwanderer ‚richtige‘ Deutsche und keine Pollacken mehr, und sie wurden ein Markenzeichen des Ruhrgebiets. Die bis heute tradierte Ruhridentität entstand erst in dieser Zeit, sie erreichte eine gewisse Popularität und stand in Fernsehserien zu Westzeiten als Synonym für urbane Volkstümlichkeit und Mutterwitz. Die sehr erfolgreichen Filme und TV-Serien, Tatort Duisburg mit Schimanski, Theo gegen den Rest der Welt, Winkelmanns Abfahrer-Trilogie, sind nur die Spitze eines Eisbergs.

Fünfundzwanzig Jahre ist das jetzt her, eine Umschichtung fand statt in der sozialen Zusammensetzung des Ruhrgebiets, die Polen, Ostpreußen und Schlesier waren jetzt Biodeutsche, und die Türken, Jugoslawen, Griechen haben ihre Stelle in der Hackordnung eingenommen. Nun hatten auch die Kalinowskis, Kowalskis, und Kaczmirczaks den Finger am Abzug, durften Deportations- und Tötungswünsche frei äußern, nun waren auch sie vollwertige Mitglieder der Volksgemeinschaft – ein Reich brauchte man gar nicht dazu, stellte sich in dieser Zeit heraus, ein Wirtschaftswunderland tat's auch.

Back to the Future: Hochfeld – der Zukunftsstadteil

Es bröckelt, Rost frisst sich durch den Kruppstahl von Thyssen ... Defekte Aufzüge, stehende Rolltreppen, ausbleibende Straßenbahnzüge und laute Menschen auf den Straßen lassen Besucher aus wohlhabenderen Städten ahnen, dass Urbanität noch was anderes sein kann als eine in sich geschlossene Konsumumgebung, eine an-

sprechende grafische Oberfläche für unser seit 40 Jahren nicht mehr aktualisiertes soziales Betriebssystem – den Kapitalistischen Realismus.

Dass ausgerechnet Straßenbahnen, Rolltreppen und Aufzüge als erste ihren Geist aufgeben in dieser Stahlmetropole, weckt düstere Vorahnungen. Duisburg war bis in die 70er-Jahre die Stadt mit dem höchsten Steueraufkommen in Westdeutschland. Das man sich eine U-Bahn leisten konnte und musste, stand außer Frage. Es war genug Geld da, die Stadt konnte investieren, man war solvent und kreditwürdig.

Die Zeiten sind lange vorbei. Der Neoliberalismus sieht eine Verschuldung, um dringend nötige Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen, nicht mehr vor, man will die Schwarze Null – Schuldenfreiheit – und träumt von ausgeglichenen Haushalten. Eine saubere Sache.

Die Gemeinde Alpen am Niederrhein

Saubere Straßen, schuldenfreie Haushalte, flächenversiegelte Vorstädte, in denen die Pendlerfamilien abends vor allem eins sind: leise. Das alles ist das Gegenteil von Hochfeld und Marxloh, und man könnte darüber streiten, was jetzt schlimmer ist.

Jenes ist das Deutschland, in dem wir alle gleich sind, alle der Mittelklasse angehören und alle die gleichen Chancen haben. In Hochfeld dagegen wohnen die Faulenzer und Parasiten, die Vorstadtdeutschlands Speisekammern befallen. Es nutzt der ausgeglichene Haushalt nix, wenn immer häufiger von drei angekündigten Straßenbahnen zwei ausfallen, Schienenersatzverkehr seit inzwischen einem Jahrzehnt die fehlenden Straßenbahnzüge der Linie 901 ergänzen muss. Das ist die Lage in den Stadtteilen des industriellen Nordens.

In Hochfeld sieht die Situation etwas anders aus, durch die Nähe zu Innenstadt und Rhein werden Begehrlichkeiten wach – aber dazu muss Hochfeld sauber werden.

Empörungsmächtige Leserbriefschreiber:innen und in lokalen Gruppen Postende sind sich einig:

In Hochfeld gibt es zu viel: wilde Jugendliche, die Böller und Eier auf Straßenbahnen werfen; Transporter von Auslieferern in den engen Straßen; wilde Müllkippen im Grüngürtel; Müll auf dem neu gestalteten Marktplatz – die Menschen, die ihn hauptsächlich nutzen, haben ihn nicht verdient; Müll in den Problemhäusern, den Schandflecken im Stadtbild, die in einer konzentrierten Aktion mehrerer Behörden geräumt werden.

Entmenschlichung und Eliminationswünsche

In den Kommentarspalten der sozialen Medien und der Funke-Mediengruppe liest man genau so oder in Umschreibungen, dass Menschen, die solchen Müll produzieren, die in solchen Verhältnissen leben, selber Müll seien, auf den Müll gehören. Gemeint sind legal eingewanderte Familien aus Rumänien, Bulgarien oder Albanien, aber man will, dass diese Menschen wieder dahin verschwinden, wo sie hergekommen sind. Oder einfach so verschwinden, egal wohin. Damit es endlich wieder sauber wird in Hochfeld und in Marxloh. Beim Kontakt mit diesen Menschen verliert der Zivilisierte seine Würde, schon der Anblick dieses Miliues beschmutzt die biodeutsche Vorstadtseele und muss daher gemieden werden.

Die Gleichsetzung von Menschen mit Müll, der Entzug der Menschenwürde, der in solchen Kommentaren umgesetzt wird, sowie der Wunsch nach Eliminierung jener, die solche Wünsche bei den Empörten auslösen, gehören nach den Erkenntnissen des Kulturtheoretikers Klaus Theweleit zum Persönlichkeitsbild des faschistischen Menschen. Nach dem Studium von Briefen und Texten faschistischer Männer konnte Theweleit als häufig wiederkehrendes Motiv die Gleichsetzung der Gegner (Franzosen im

Ersten Weltkrieg; die Arbeiter der roten Armee während des Ruhraufstandes) mit Schleim und Schmutz feststellen.

Die Berührung der Menschen, die in solcher Armut leben, führen zur Auflösung der mühevoll errichteten Identität: man hat Angst, selbst zu Schleim, zu Müll zu werden. Das aber ist Todesangst und erzeugt den Tötungswunsch, den Eliminierungswunsch – der Abschaum muss weg.

Die Menschen, die aus osteuropäischen Ländern zugewandert sind, haben keine nennenswerte mediale Repräsentanz außerhalb dieses rassistischen Diskurses. Im Namen des gesunden Volksempfindens bedient der Oberbürgermeister dieser Stadt mit seinen Äußerungen zuverlässig diese faschistoiden Ressentiments („ich hätte lieber das Doppelte an Syrern, wenn ich dafür ein paar Osteuropäer abgeben kann“, Sept. 2015). Das muss aufhören.

Ganz schön lebendig. Aber nicht sehr deutsch.

An den Schulen in Hochfeld ist es keine Seltenheit, wenn in einer Klasse 24 Schülerinnen und Schüler aus 18 Herkunftsländern stammen, und irgendwie kommen sie klar – sie kennen's ja auch gar nicht anders.

Die Hip-Hop-Kultur erleichtert ihnen die Verständigung. Ob aus Osteuropa, Nord-, West- oder Zentralafrika, der Türkei, Syrien, Afghanistan – sie alle können sich mit dem Bild des Underdogs identifizieren, der es, wenn nötig mit Gewalt, schaffen kann, aus dem Ghetto heraus und in den Mercedes hinein zu kommen.

Viel bekräftigt und beschworen wird die Loyalität gegenüber den Freunden aus der Community oder der Hood, dem Viertel („053 hasst die Polizei!“), auf die man angewiesen ist, wenn man nicht über das kulturelle Kapital verfügt, das notwendig ist, um an die vorderen Startplätze zu kommen in einer Gesellschaft, die den Kampf gegen Milieus, Arbeiterrechte und Sozialfürsorge seit den späten 90er-Jahren als notwendige Modernisierungen propagiert und konsequent umsetzt.

Ruhrdeutsch und Ghattodeutsch – neue Sprachen für neue soziale Realitäten.

Das Ghattodeutsch wirkt heute ähnlich integrativ wie das Ruhrdeutsch, das Anfang des 20. Jahrhunderts hier entstanden ist. Das Ruhrdeutsch war geprägt von der Sprache der Arbeitswelt, die sich in einer lauten und gefährlichen Umgebung entwickelte und der fortschreitenden Technisierung aller Lebensbereiche. Nach dem Krieg war es in der medialen Präsenz beinahe häufiger vertreten als das traditionelle deutsche Großstadtdiom, die Berliner Schnauze. Das Ruhrdeutsch wurde eine Art Basis-Deutsch für die Einwanderer-Communities, und auch heute sagen alte Ruhrnostalgi-ker:innen stolz: „Sie haben uns alles beibringen können, nur nicht Deutsch.“

Das Ghattodeutsch hat das Ruhrdeutsch weitestgehend abgelöst und ist geprägt vom Selbstoptimierungsdiskurs der neoliberalen Dienstleistungsgesellschaft, dem Narzissmus und der Melancholie der vereinzelt Konkurrent:innen im Kampf um Klicks und Likes für ihre Social-Media Accounts. Dazu kommt noch ganz viel Nostalgie und Sentimentalität, wenn es um die Kultur der Herkunftsländer geht, die als das Echte und Authentische, das wahre Leben angesehen wird. Viele Ausdrücke der Herkunftssprachen haben über das Ghattodeutsch Eingang in den allgemeinen deutschen Sprachgebrauch gefunden (Habibi, Babo, helal, alman).

Und wie geht's weiter?

In seinem Buch „Kapitalistischer Realismus“ hat der Kulturtheoretiker Mark Fisher das merkwürdige Anwachsen der Bürokratie seit dem Aufkommen des Neoliberalismus Ende der 70er-Jahre beschrieben. Merkmale dieses kapitalistischen Bürokratismus sind die vielen Instrumente des Qualitäts-, Change- oder Risikomanagements, des Controllings und der damit verbundene kompetensthafte Aufstieg der Beratungsindustrie. Die immer komplexer werdenden Antragsformulare und Förderbedingungen für Projekte an Universitäten und für Kulturprojekte, die umfangreichen Fragebögen zur Evaluation solcher Projekte, aber auch das Aufkommen der Bullshit-Jobs, Posten, von denen selbst die, die sie ausüben, nicht wissen, wozu es sie eigentlich gibt, sind Ausdruck einer Ideologie, die sehr viel mehr an Planwirtschaft und byzantinische Komplexität erinnert als an den Geist unternehmerischer Freiheit für die tatkräftigen und kreativen Einzelnen, den neuen Menschentypus, den der Neoliberalismus schaffen wollte.

Gelbe Scheine, flächendeckend

Vielleicht befinden wir uns an einem ähnlichen historischen Punkt, mutmaßt Mark Fisher, wie die Sowjetunion am Ende der 80er-Jahre, an dem Gorbatschow den Laden einfach abgewickelt hat, vermutlich, weil er die Parolen selber nicht mehr ertragen konnte. „Nicht noch einen Fünf-Jahres-Plan, nicht noch mal die Weltjugendspiele mit der Masse als Ornament und den roten Fahnen“, mag er sich damals gedacht haben, als er Transparenz ausrief, um dem lähmenden Bürokratismus ein Ende zu bereiten.

So müssten auch wir endlich aufstöhnen und Schluss machen damit, die nächsten garantiert fälligen Mieterhöhungen resigniert hinzunehmen sowie die nächsten rein symbolischen Erhöhungen des Betrags der Hilfe zum Lebensunterhalt und des Bürgergeldes. Schluss machen damit, das idiotische Verramschen von ganzen Stadtteilen an die Immobilienbranche zuzulassen, eine Branche, die es zuverlässig immer wieder hinkriegt, ein gewachsenes Milieu zu zerstören und die dadurch entstehenden sozialen Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Schluss machen mit einem Prosperitätsverständnis, das die Schuldenfreiheit eines Staates um jeden Preis durchsetzen will, auch wenn dann kein Geld mehr für systemerhaltende Investitionen da ist und die Infrastruktur dann eben bröckelt, durchrostet und schließlich einfach ausfällt.

Und wenn die Infrastruktur ausfällt, werden bald auch die Arbeitskräfte ausfallen, denn das Chaos und die Überforderung machen krank. Aber wenn dann schließlich ALLE krankgeschrieben sind, wird vielleicht endlich auffallen, dass es dieser Kapitalistische Realismus ist, das Sich-Fügen in die scheinbare Alternativlosigkeit und die ewige Leier von „jeder und jede kann es schaffen“, die uns alle krank macht.

Literatur

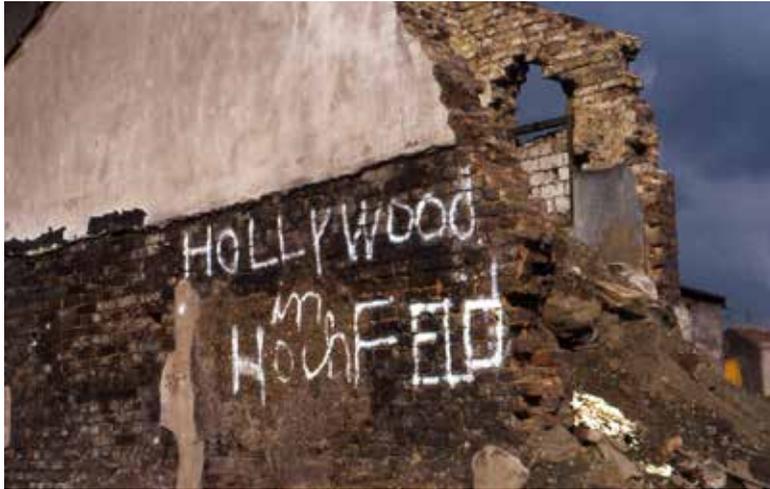
Inspiziert von u.a.:

Fisher, Mark (2013): Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? (Capitalist Realism, is there no Alternative?), VSA, Hamburg.

Theweleit, Klaus (2019): Männerphantasien, Matthes & Seitz, Berlin.



05



06



07



08

„TASKFORCE SCHROTTIMMOBILIE“ UND DIE MÄR VON DER AUFWERTUNG

von Lena Wiese

„Politik ist die angewandte Liebe zur Welt.“

Dieses Zitat, das man irrtümlich Hannah Arendt zuschrieb, ermöglicht Raum für Diskussionen und Nachfragen. Welche Politik, wessen Welt, welche Formen und Spielarten hat die angewandte Liebe zur Welt? Vernichtend oder aufbauend? Wer ist wir?

Die Antworten auf diese Fragen werden unterschiedlich ausfallen – abhängig davon, wen man fragt, wer am lautesten antwortet und zugleich hegemoniale Deutungshoheit genießt. Oder fragt man diejenigen, die endlich Gleiche unter Gleichen werden wollen? Befragt man diese ‚Ungleichen‘ performativ antirassistisch oder um die strukturellen Dimensionen hinter ihrer Ungleichheit zu verstehen?

Der Interpretationsspielraum des o.g. Zitats lässt sich auch auf die Macht- und Ungleichverhältnisse des Stadtraums Duisburg-Hochfeld übertragen. Insbesondere die kommunalen antiziganistischen Problematisierungen, die Versuche der Verdrängung von rumänischen und bulgarischen Rom:nja durch institutionelle Mechanismen wie staatliche Zwangsräumungen, sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas der Entmenschlichung.

Zugleich ist das kommunale Top-down-Governance von Hochfeld durch weitere institutionelle Machtpraktiken wie kriminalisierende Ordnungspolitik, paternalistisch-erzieherische Maßnahmen des Kommunalen Integrationszentrums und sozialer Arbeit, gesellschaftliche Entrechtung, Ausgrenzung, Segregation und Vertreibung geprägt (vgl. Neuburger, Hinrichs 2021).

Diesen institutionellen Handlungslogiken liegen antiziganistische und nicht aufgearbeitete Wissensbestände innerhalb der Institutionen zugrunde, die repressiv auf verschiedenen Dimensionen versuchen, Rom:nja aus Duisburg zu vertreiben. Das anschließende ‚Behördentango‘ nach den Zwangsräumungen der Rom:nja und die Verschleppung der Bearbeitung von Anträgen durch Jobcenter, Familienkasse und die damit einhergehende kontinuierliche Entrechtung und Verarmung hat tiefgreifende Folgen für die Familien, die Konflikte mit dem Jugendamt und Bildungseinrichtungen nach sich ziehen, die im Folgenden an Beispielen aus der Sozialberatung im ZENTRUM FÜR KULTUR HOCHFELD skizzenhaft angerissen werden. Die ehrenamtliche Sozialberatung ist kurz nach einer Zwangsräumung von drei Wohnhäusern an der Gravelottestraße im März 2021 entstanden, um eine Anlaufstelle für die kollektive Bearbeitung der gewaltvollen Verdrängungspolitik zu ermöglichen.

Zunächst werde ich aber auf die Spezifika der verräumlichten und umkämpften Machtverhältnisse in Hochfeld eingehen.

Umkämpftes Stadtteilentwicklungs – Labor Hochfeld

Duisburg-Hochfeld ist neuerdings ein von vielen investitionsinteressierten Akteur:innen umkämpfter Stadtteil, wird in Stadtentwicklungskonzepten aber weiterhin problematisierend als „vernachlässigter Ankommens- und Problemstadtteil“ beschrieben. Als ehe-

maliger Arbeiter:innenstadtteil ist er vom Niedergang der Schwerindustrie, dem Wegzug fast der Hälfte seiner Bewohner:innen, von zunehmender Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust geprägt. Der Mietspiegel sank, und Hochfeld wurde für ökonomisch prekarierte Menschen und größere Familien attraktiv, welche die derzeitige Sozialstruktur prägen.

Seit der vermehrten Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien ist im lokalen Diskurs der offene Antiziganismus, insbesondere von Hauseigentümer:innen, die sich eine Aufwertung für Hochfeld als zweites Berlin-Neukölln erhofften, unwidersprochen geblieben und durch Aussagen des Oberbürgermeisters Sören Link befeuert worden.

Allerdings ist bzgl. der Bewohner:innenstruktur seit einigen Monaten eine Trendwende erkennbar: Es ziehen vermehrt besserverdienende, studierende und kulturschaffende Menschen nach Hochfeld, während parallel migrantisierte und ökonomisch prekarierte Bewohner:innen durch steigende Mieten verdrängt werden und antiziganistische Ausschlüsse aus dem regulären Wohnungsmarkt inzwischen Normalität sind – in vielen Gesprächen mit Eigentümer:innen wurde geäußert, dass man nicht mehr an Z*** vermieten würde. Das ist auch einer der Erklärungsansätze für den hohen Wohnungsleerstand bei gleichzeitig steigenden Mieten in Hochfeld.

Zugleich sind nachhaltige Investitionen in die sozialen Infrastrukturen in den letzten Jahren stark vernachlässigt worden. Es fehlt an Kindergarten- und Schulplätzen. Und es mangelt an Beratungseinrichtungen, die angesichts hoher Zugangsbarrieren bei fehlenden Sprachkenntnissen und großem Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen unterstützen könnten. Gerade diese Konstellation verschärft die Ausbeutungsverhältnisse der Rom:nja enorm.

Warum von Rassismus reden? „Wir wollen doch nur mehr Ordnung und Sauberkeit!“

Rassismus muss als eine gesellschaftliche soziale Beziehung verstanden werden, deren spezifische Formen sich vor dem Spiegel sich wandelnder sozialer und ökonomischer Machtverhältnisse analysieren lassen (vgl. Bojadžijev, 2012, 20 ff.). Klassifikationssysteme, die Menschen aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft einordnen, manifestieren sich in verschiedenen gesellschaftlichen Dimensionen. Sie sind beispielsweise in staatlichen Institutionen verankert und werden in alltäglichen Handlungen produktiv. Diese rassifizierenden Handlungen können als Strategien der Dominanz gegenüber Forderungen nach Rechten und Teilhabe, gegenüber Widerständen gegen Unterordnung, und sogar gegenüber widerständigen Aneignungspraktiken von untergeordneten Gruppen betrachtet werden. Das heißt, dass rassifizierte ‚Objekte‘ erst durch entsprechende Zuweisungen und Entmenschlichungen hervorgebracht werden. Dies geschieht durch interaktive Deutungspraktiken, die durch historisch gewachsene Wissensbestände und die gesellschaftliche Situation im städtischen Raum ermöglicht werden (vgl. Blumer, 1981). Als solche sind sie gleichzeitig Bestandteile konfliktreicher gesellschaftlicher Verhältnisse und verschiedener Phasen von Rassismus (Espahangizi et al., 2016). In Bezug auf den institutionellen Antiziganismus gegenüber Rom:nja aus Rumänien und Bulgarien spielen insbesondere tradierte „rassifizierte, ethnisierte und kulturalisierte Ungleichheitsstrukturen“ (Neuburger, Hinrichs, 2021) eine wichtige Rolle, die in Diskursen über ‚Sozialschmarotzertum‘ und ‚Sozialleistungsmissbrauch‘ produktiv werden. Diese Diskurse entstehen in einem tradierten antiziganistischen Kontext, der auf eine Hierarchisierung von würdiger und unwürdiger Armut – und letztlich Menschsein – hinweist.

‚Soziale Mischung‘ und Aufwertung als Synonym für Verdrängung – und bürgerliche Hoffnung zum Glück.

In der planerischen Stadtforschung hat sich das Konzept der ‚sozialen Mischung‘ in West-

europa und Nordamerika zu einem zentralen Bezugspunkt für die Strategien der städtischen Entwicklung seit Jahrzehnten durchgesetzt. Diese Top-down-Politiken zielen darauf ab, als negativ bewertete Segregationstendenzen stadtplanerisch zu bearbeiten und insbesondere die Konzentration von ethnisierte Armut in städtischen Gebieten zurückzudrängen (siehe z. B. Blokland und van Eijk, 2010; Lees, 2012; Walther und Güntner, 2013). Das Ziel ist, die Zusammensetzung der Bevölkerung in bestimmten Gebieten neu zu gestalten, deren ‚Bewohnermischung‘ als problematisch für die individuelle Integration und die Integration in die städtische Gesellschaft angesehen wird. Diese Problemdefinitionen basieren hauptsächlich auf ethnischen, kulturellen und sozialen Problematikisierungen und historisch tradierten Fremdzuschreibungen – und sind schlichtweg rassistisch.

In Deutschland ist das Konzept der „integrierten Stadtteilentwicklung“ (Güntner, 2007) beispielhaft für die Funktionsweise solcher Problemanalysen. Ein wichtiges Programm in diesem Kontext ist das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“, das 1999 ins Leben gerufen wurde und auch in Duisburg-Hochfeld seit Jahrzehnten im „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK) handlungsleitend ist. Mit seinem ressortübergreifenden auf Quartiere ausgerichteten Ansatz war das Programm „Soziale Stadt“ Teil der neoliberalen Veränderungen hin zu einem „aktivierenden Sozialstaat“ (Lanz, 2009; Mayer, 2003). Gleichzeitig setzte dieses Programm die langjährigen Bemühungen der Regierung zur Bewältigung von benachteiligten städtischen Gebieten fort, die seit den 1970er-Jahren restriktiv versuchten, Gebiete mit hoher Armut und insbesondere „Ausländerkonzentration“ anzugehen (Rinn und Wehrheim, 2018).

Das Konzept der ‚sozialen Mischung‘ sieht in Hochfeld den Zuzug von neuen Bewohner:innen mit größerem sozialen, ökonomischen und kulturellen Kapital vor, die sich ‚benachteiligte‘ Stadtteile aneignen. Die neuen (weiß-deutsch-bürgerlichen) Bewohner:innen sollen ihre eigenen Normen und Ansprüche an nachbarschaftliches Zusammenleben oder die Nutzung öffentlicher Räume verallgemeinern und durchsetzen – so die allgemeine Hoffnung. Die Ausgrenzung marginalisierter Bewohner:innen wird so durch verschiedene Strategien verschärft. Das Potential für steigende Mieten ist daher lediglich ein Verdrängungsfaktor von Vielen. Die genannten Aufwertungsstrategien der ‚sozialen Mischung‘ müssen als Katalysatoren für Verdrängung diskutiert werden und Politiken ‚sozialer Mischung‘ als neutrale Beschreibungen als politisch-administrativ vorangetriebene Gentrifizierung. Die Zwangsräumungen von Rom:nja aus Rumänien und Bulgarien durch die „Taskforce Schrottimobilie Duisburg“ lassen sich als integraler Bestandteil dieser Verdrängungsstrategien begreifen, die sowohl in einer Kontinuität segregationskritischer territorialer Ordnungs- und Bevölkerungspolitik und „urbaner Verfallserzählung“ (Lanz, 2009) stehen und die zugleich mit alltäglichen rassistischen Diskursen korrespondieren (Rinn, Wiese, 2020).

Das ISEK für Hochfeld schreibt eine stärkere ‚soziale Mischung‘ und Aufwertung bis ins Jahr 2028 fest. Zugleich ist das ISEK für die nächsten Jahre eng mit der Realisierung der „Internationalen Gartenschau“ im Rheinpark für 2027 und dem neuen hochpreisigen Stadtteil „Rheinort“ verknüpft und ermöglicht somit in erster Linie finanzielle Investitionen in bauliche Aufwertungsprojekte und Image-Verbesserungen – also reine Pull-Faktoren für eine besserverdienende bürgerliche Mittel- und Oberschicht.

Der alltägliche, strukturelle und institutionelle Rassismus in Hochfeld und die Windmühlenkämpfe der Menschen aus Rumänien und Bulgarien um ihre berechtigten Ansprüche, ein menschenwürdiges Leben führen zu können, sind hingegen nicht Ausgangspunkt der Handlungsstrategien kommunaler Stadtentwicklung. Ausgangspunkt ist vielmehr ein „bevormundendes System der hierarchisierenden Inklusion und eines Ein-

schluss durch sozialräumlichen Ausschluss“ (vgl. Neuburger, Hinrichs 2021). In den Konzeptpapieren der Stadt- und Quartiersentwicklung ist zwar von einer Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität in den „vernachlässigten Stadtteilen“ die Rede, dies gilt aber nicht für alle gleichermaßen.

Die skizzierte Problemorientierung der Handlungskonzepte hat aber, neben der befriedenden Adressierung bürgerlicher Eigentümer:innen und Wutbürger:innen, auch eine klare verwertungsorientierte Stoßrichtung: Würde es keinen ‚Problemstadtteil Hochfeld‘ geben, würden keine Fördermittel fließen. An den prekären Wohn- und Arbeitsverhältnissen, den rassistischen Ausschlüssen und der Stigmatisierung migrantischer Mitmenschen ändert sich durch diese Fördermittel nichts.

Wohnungsverlust durch die „Taskforce Schrottimobilie“ und das darauf folgende Behördentango

Der in Duisburg weit verbreitete Wunsch nach Vertreibung und Entwürdigung von Menschen aus ‚Südosteuropa‘ wird in seiner antiziganistischen Zuspitzung durch die Zwangsräumungen der „Taskforce Schrottimobilie“, aber auch durch das Bauordnungsamt der Stadt Duisburg sichtbar. Vermeintlich zum Schutz der Menschen vor Ausbeutung auf dem Wohnungsmarkt werden die Zwangsgeräumten ohne Vorwarnung und unverschuldet wohnungs- und mittellos.

Die „Taskforce Schrottimobilie“ setzt sich derzeit aus folgenden Behörden zusammen: Dezernat für Wirtschaft, Sicherheit und Ordnung der Stadt Duisburg, Rechtsamt der Stadt Duisburg, Berufsfeuerwehr Duisburg, TÜV Nord Systems GmbH & Co. KG, 45307 Essen, Städtischer Außendienst Duisburg (SAD), Polizei Duisburg, Amt für Soziales und Wohnen der Stadt Duisburg, Wirtschaftsbetriebe Duisburg, Netze Duisburg, Jobcenter, Familienkasse und Dolmetscher:innen.

Seit einiger Zeit nimmt das Jugendamt als Behörde nicht mehr an den Einsätzen der Taskforce teil. Zu groß scheint die Gefahr, dass das Jugendamt durch die Folgen des Behördenhandelns der Taskforce massenhaft Kindeswohlgefährdung für alle betroffenen Familien feststellen müsste.

Immer mittwochs zwischen 8 Uhr und 9 Uhr morgens verschafft sich die Taskforce Zugang zu einem zu überprüfenden Haus. Im Fokus steht die Überprüfung des Brandschutzes, der Flucht- und Rettungswege (Treppenraum), der Statik und der elektrischen Installationen. Aber auch jegliche sonstige baulichen Begebenheit, wie defekte Heizungsanlagen, nimmt die „Taskforce Schrottimobilie“ laut eigenen Angaben in den Blick. In ca. 40 Minuten wird das Urteil gefällt, dass für die Bewohner:innen unmittelbare Gefahr für Leib und Leben besteht und die sofortige Zwangsräumung somit das letzte Mittel der Wahl sei.

Für die „Anordnung zur Zwangsräumung“ wird die Nutzungsuntersagung auf Grundlage der § 82 Abs. 1 S. 2 und § 58 Abs. 2 S. 2 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) ausgesprochen. Auf der Grundlage des §9 Abs. 1 des Gesetzes zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen (Wohnraumstärkungsgesetz WohnStG) wird der Wohnraum für unbewohnbar erklärt. Nach § 80 Abs. 2 Nr.4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) wird die sofortige Vollziehung dieses Bescheids angeordnet.

Das Ergebnis der „Ortstermine“ der Taskforce stehen aber schon vor der Überprüfung fest, wie ein Beispiel vom 04.05.2022 an der Gravelottestraße die jahrelangen Vermutungen bestätigt. Hier schrieb das Jobcenter Duisburg, mit der Geschäftsstelle an der Baumstraße, welches für die Leistungsgewährung und Arbeitsvermittlung für rumänische und bulgarische Bürger:innen zuständig ist, am 21.04.2022 einer betroffenen Familien noch vor dem Räumungstermin:

„Die Zahlung ihrer Leistungen wurde vorläufig eingestellt. Laut Aktenlage gibt es eine Räumung ihrer Wohnung zum 04.05.2022. Um Leistungen nach dem SGB II in Duisburg zu beziehen, muss ihr gewöhnlicher Aufenthalt in Duisburg sein. Nach der Räumung zum 04.05.2022 ist dies nicht sichergestellt.“

Das Jobcenter kennt also schon das Ergebnis der Überprüfung. Allein die Annahme, dass Rom:nja ihren Lebensmittelpunkt nicht mehr in Duisburg haben könnten, ist antiziganistisch, da diese auf stereotypische Vorstellungen beruht.

Nach öffentlichen Protesten und Entschuldigungen von Seiten des Jobcenters, dass es sich um einen individuellen Fehler einer Mitarbeiterin gehandelt habe, hat sich keiner der beteiligten Akteur:innen um Verbesserungen bemüht, denn nach wie vor gilt für betroffene Familien, dass sie unmittelbar nach der Räumung von Amts wegen bei der Stadt abgemeldet werden und nicht nur wohnungs-, sondern auch mittellos sind. Die Familien verlieren ihre Ansprüche auf Bürgergeld, Kindergeld, ihren Versicherungsstatus und vor allem ihr Zuhause; die Kinder ihre Kita- und Schulplätze – eine erzwungene Verschärfung multipler Prekarität (vgl. Bierke, 2022). Es ist den familiären und solidarischen Selbsthilfenetzwerken zu verdanken, dass die Menschen nicht schlicht dem Tod überlassen werden, denn es gibt keinerlei Präventions- oder Nachsorgesystem, das ernsthaft an der Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Familien ein Interesse hätte. Der vorgeschobene Grund des Schutzes ist somit hinfällig.

Problematisch ist neben entstehender Schulden durch bspw. weiter laufende Internetverträge zusätzlich die Kommunikation mit der Taskforce, um Termine zur Wiederbeschaffung größerer und schwerer Möbel zu vereinbaren. Diese Termine müssen in Absprache mit dem Ordnungsamt und dem Sicherheitsdienst Octeo vereinbart werden, dies ist für Menschen ohne entsprechende Deutschkenntnisse fast unmöglich.

Zuletzt gab es im Mai 2022 auch eine Räumung mehrerer Häuser an der Karl-Jarres-Straße, die nicht durch die Taskforce, sondern durch das Bauordnungsamt mit Amtshilfe durch das Ordnungsamt durchgeführt wurde. Dieser Alleingang der Behörde, der sogar innerhalb der Institutionen der „Taskforce Schrottimobilie“ für Kopfschütteln sorgte, hatte das Aufkehren der Scherben für die Betroffenen noch weiter verschärft: Anträge auf Wohnungswechsel, Übernahme der Kautions- oder Umzugskosten wurden durch das Jobcenter abgelehnt mit dem Verweis auf fehlende Nachweise des Wohnungsverlustes oder des Verbleibs der Kautions. Die Beweislast für die „Mitwirkung“ beim Jobcenter gestaltet sich in diesen Fällen noch schwieriger als sonst.

Die beschriebenen Vorgehensweisen basieren auf antiziganistischen Wissensbeständen innerhalb der Institutionen, die repressiv auf verschiedenen Ebenen versuchen, Rom:nja aus Duisburg zu vertreiben. Der Tatbestand, dass auch Nachbar:innen bestimmte Häuser bei der Taskforce ‚melden‘ können, legt den Schluss nahe, dass sich in Hochfeld diejenigen mit ihren Vorstellungen durchsetzen können, die hegemoniale Deutungshoheit genießen, und nicht diejenigen, die endlich Gleiche unter Gleichen werden wollen. Denn das erkennbare Ziel ist es, den Menschen aus Rumänien und Bulgarien das Leben in Duisburg so beschwerlich wie möglich zu machen. Das bestehende Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen wird durch diese Vorgehensweise massiv verstärkt, ohne dass der erwünschte räumliche Vertreibungseffekte in der Breite eintreten würde.

(Rechtswidrige) Mietkündigungen durch Privateigentümer:innen

Menschen aus Rumänien und Bulgarien sind häufig von (rechtswidrigen) Kündigungen aus ihren Wohnungen betroffen. Die Drohkulisse durch die „Taskforce Schrottimobilie“ scheint hier bei Vermieter:innen Wirkung zu zeigen.

Wenn überhaupt vermietet wird, nutzen viele Vermieter:innen die vorhandenen Wissenslücken der Betroffenen im Bereich des Mietrechts und fehlenden Zugang zu anwaltlichem Beistand aus, um für ‚Eigenbedarf‘ oder für Objektaufwertung die Häuser leer zu ziehen (bspw. zuletzt in der Gitschiner Straße und der Wanheimer Straße). Von einigen Mieter:innen aus einem Haus an der Wanheimer Straße liegen uns Audioaufnahmen vor, die belegen, wie Mieter:innen durch den Hauseigentümer bedroht und unter Druck gesetzt werden, um sofort auszuziehen, weil sonst die Polizei sie höchstpersönlich rausschmeißen würde. Einige Mieter:innen haben sich einschüchtern lassen und Mietaufhebungsverträge unterschrieben. Nicht immer, aber häufig genug, verlassen die Menschen freiwillig ihre Wohnungen, um dem Psychoterror und Repressalien zu entkommen – auch wenn es in den konkreten Fällen keine juristische Grundlage, sondern nur Willkür gibt.

Noch prekärer ist die Ausgangssituation für die Mieter:innen, wenn das Jobcenter Duisburg die Hauptanträge so langsam bearbeitet und immer wieder Unterlagen ‚verliert‘, dass die Betroffenen teilweise ihre laufenden Kosten nicht mehr zahlen können.

Die Suche nach einer neuen Unterkunft im Kiez gestaltet sich aufgrund weit verbreiteter Ressentiments schwierig bis nahezu unmöglich. Wenn eine neue Wohnung gefunden wird, hat das Jobcenter Duisburg bislang immer den Antrag auf Wohnungswechsel abgelehnt, da kein „schwerwiegender Grund“ für diesen vorläge. Es würde sich hier um ein rein „privatrechtliches Problem“ mit dem Vermieter handeln. Die gleiche Argumentation wird auf die Anträge für Umzugskosten oder die Übernahme der Kaution übertragen. Ohne einen bewilligten Antrag auf Wohnungswechsel durch das Jobcenter drohen der Familie in absehbarer Zeit, bspw. bei der Zahlung der Betriebskostenabrechnung, existentielle Probleme.

Hier werden wiederkehrend durch unverhältnismäßig lange Bearbeitungszeiten und wissentliche Ignoranz der rassistischen Praktiken auf dem Wohnungsmarkt prekäre Lebenssituationen reproduziert, die Familien in die Obdachlosigkeit und Mittellosigkeit treiben und dort halten.

Multiplizierung von Prekarität – Ein Fallbeispiel

Das folgende Fallbeispiel einer jungen Frau aus Rumänien verdeutlicht die Willkür und Grausamkeit der Objektivierungsmechanismen des institutionellen Handelns im umkämpften Stadtteil Hochfeld:

Die junge alleinerziehende Rumänin Sara (Name geändert) wurde im Sommer 2022 durch die Taskforce aus ihrer Wohnung an der Gravelottestraße zwangsgeräumt. Sie kam, wie viele andere auch, zunächst mit ihren Töchtern bei Verwandten unter. Regelmäßigen Kontakt haben wir mit Sara aber erst seit Dezember 2022, als sie ihren Hauptantrag auf Jobcenterleistungen stellen wollte. Der Antrag wurde bis heute (November 2023) nicht abschließend bearbeitet. Seit Monaten steht sie in ihrer neuen Wohnung kurz vor der Räumung, diesmal angedroht durch ihren Vermieter, da sie die Miete nur teilweise zahlen kann.

Der Lohn ihres Teilzeitjobs – Blumenpflücken an der holländischen Grenze – reicht, wenn überhaupt, für den Lebensunterhalt. Ihr Problem: Sie hat Anspruch auf Jobcenterleistungen und Kindergeld, konnte ihren „Mitwirkungspflichten“ aber aufgrund von bürokratischer Gängelung und mangelnden Sprachkenntnissen kaum nachkommen. Wie bei vielen Familien übernehmen ihre Kinder soweit es geht die Kommunikation mit den Behörden.

Weitere Sisyphus-Probleme kamen hinzu: Das Jobcenter verlangte zunächst Kontoauszüge für einen Zeitraum, in dem sie noch gar kein Konto hatte. Hinzu kam, dass ihr die finanziellen Mittel fehlten, um den Ausdruck der Kontoauszüge der letzten Monate

bei der Postbank bezahlen zu können. Die Einrichtung des Online-Bankings bei der Postbank scheiterte immer wieder – am Infoschalter wurde sie nicht ernst genommen und wiederholt weggeschickt.

Mit jedem Monat, der ins Land strich, musste sie neue Nachweise für ihre schwankenden Lohnzahlungen (Barquittungen, Lohnabrechnung) einreichen, die ihr Arbeitgeber aber nicht zuverlässig zur Verfügung stellte. Mit jedem neu eingereichten Brief verlängerte sich auch die Bearbeitungszeit.

In der Zwischenzeit hat ihr Vermieter im August 2023 eine rechtswidrige Kündigung ausgesprochen, da sie zu hohe Mietschulden hatte. Die Kündigung war rechtswidrig, da ihr u.a. eine viel zu kurze Kündigungsfrist genannt wurde. Des Weiteren wurde damit gedroht, dass bei der Wohnungsräumung ihre Wertgegenstände einbehalten würden, um die Mietschulden auszugleichen.

Ein kleiner Erfolg ist, dass nun vorläufig Bürgergeld ab August 2023 gezahlt wird. Bis dato waren ihre Kinder nicht krankenversichert und hatten keinen Zugang zum Gesundheitssystem. Seit Oktober 2023 wurden auch die Bürgergeldansprüche für Dezember 2022 bewilligt. Für die verbliebenen sieben Monate verlangte das Jobcenter eine Stellungnahme, ob sie die Leihgaben, von denen sie die Monate über gelebt hat, zurückzahlen müsse, oder ob diese als Einnahmen von ihren Leistungen abgezogen werden müssten.

Gleichzeitig hat Sara Angst, dass ihr das Jugendamt ihre Kinder wegnimmt. Vor einigen Wochen hat das Ordnungsamt das Haus, in dem sie wohnt, aus unbekanntem Gründen betreten und eins ihrer Kinder allein in der Wohnung in Vorbereitung für den Weg zur Schule vorgefunden. Das Ordnungsamt hat das Jugendamt über die Situation informiert. Realistischer, als dass das Jugendamt nun die Kinder von der Mutter trennt, ist leider vielmehr, dass auch das Haus, in dem sie gerade wohnt, von der „Taskforce Schrottimobilie“ geräumt werden wird. Anlasslose Kontrollen durch das Ordnungsamt sind Anzeichen, dass ein Haus auf der ‚Liste‘ steht. Alles, was Sara sich mühsam bis dahin für sich und ihre Kinder versucht hat, wieder aufzubauen, würde damit erneut zerstört werden.

In Rumänien wartet auf sie der gewalttätige Vater ihrer Kinder, der schon einige Male gedroht hat, sie in Duisburg aufzusuchen. Ergebnislos haben wir in diesen Situationen versucht, einen Platz in einem Frauenhaus zu finden, die insgesamt komplett ausgelastet sind. Da sie zu diesem Zeitpunkt keine Jobcenterleistungen bezog, hätte sie den Aufenthalt von ihrem Lohn zahlen müssen. Um aber eine sichere räumliche Distanz zu ihrem bisherigen Wohnort herzustellen, wäre der Weg zur Arbeit ohne Führerschein und PKW und ohne die Fahrgemeinschaften der Community für sie nicht mehr machbar gewesen.

Und eine weitere Problematik wurde durch die Zwangsräumung der Taskforce geschaffen: Zu der Zeit der Zwangsräumung hätten ihre Töchter mit dem Schulbesuch beginnen sollen. Durch die unklare Wohnsituation und die fehlenden Mittel war an eine Einschulung nicht zu denken. Die Töchter wurden neu auf die Warteliste für Schulplätze gesetzt. In der Zwischenzeit drohte ein Ordnungsgeld wegen Verletzung der Schulpflicht.

Aufgrund der fehlenden Schulbescheinigungen lehnte die Familienkasse aber auch ihren Anspruch auf Kindergeld ab.

Mit einiger Verspätung besuchen die Töchter nun Grundschulen in Hochfeld, allerdings reichte das Geld für bspw. Schulbücher hinten und vorne nicht. Das führte zum nächsten Problem: In einer der letzten Mitwirkungspflichten des Jobcenters sollte Sara die aktuellen Schulbescheinigungen der Töchter einreichen. Die Schulen weigerten sich aber zunächst, diese auszustellen, da Sara erst ihre Schulden für die Schulbücher begleichen sollte ...

Was tun? Was tun!

Die Stadt Duisburg hat kein Interesse daran, dass Menschen aus Rumänien und Bulgarien gleichberechtigt diese Gesellschaft mitgestalten und zu Gleichen unter Gleichen werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn nun vereinzelt Projekte starten, die sich spezifisch an die Zielgruppe „aus Südosteuropa“ richten. Es braucht strukturelle Veränderungen, die zunächst an die Erkenntnis anschließen, dass die Menschen gekommen sind, um zu bleiben. Die Verdrängungsversuche von rumänischen und bulgarischen Rom:nja durch institutionelle Mechanismen wie staatliche Zwangsräumungen verschärfen nur die antiziganistischen Ausschlüsse, anstatt konkrete und gemeinwohlorientierte Lösungen für Alle zu forcieren. Für eine solidarische Gesellschaft der Vielen brauchen wir eine Umverteilung von Ressourcen, Macht, Teilhabe und Geld für eine solidarische Gegenoffensive in Zeiten des Rechtsrucks und der Vereinzelung. In Zeiten, in denen die demokratischen Grundfeste immer weiter zerbröseln, darf es nicht mehr nur um Solidarität unter Vertrauten und Freund:innen gehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Gegenoffensive, die für konkrete Solidarität über Klassen- und Kulturgrenzen hinweg einsteht.

Ein Anfang wäre geschaffen, wenn die institutionellen Machtpraktiken wie kriminalisierende und antiziganistische Ordnungspolitik, paternalistisch-erzieherische Maßnahmen des Kommunalen Integrationszentrums und sozialer Arbeit, gesellschaftliche Entrechtung, Ausgrenzung, Segregation und Vertreibung als solche erkannt und benannt würden. Der Antiziganismus und die vermeintlich harmlosen ‚Aufwertungsmärchen‘ für den Stadtteil Hochfeld, die nur durch die verschiedenen Mechanismen der Verdrängung verstanden werden können, sind das Problem. Nicht die Menschen.



09

Literatur

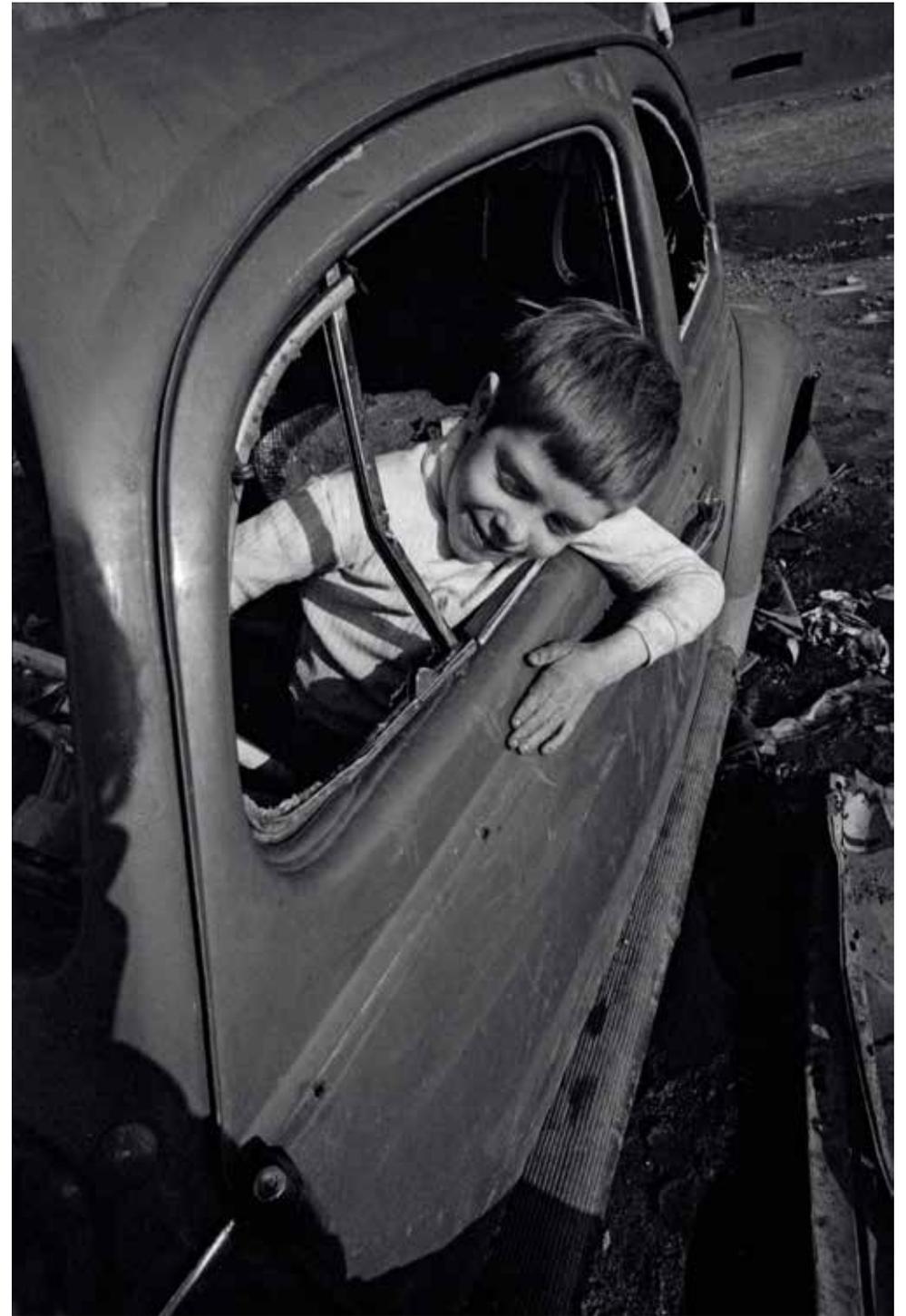
- Bierke, Peter (2022): Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland, mandelbaum Verlag, Wien/Berlin.
- Blokland, Talja; van Eijk, Gwen (2010): Do People Who Like Diversity Practice Diversity in Neighbourhood Life? Neighbourhood Use and the Social Networks of „Diversity-Seekers“, in: a Mixed Neighbourhood in the Netherlands, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 36, S.313 - S.332.
- Blumer, Herbert (1981): Der methodologische Standpunkt des Symbolischen Interaktionismus, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): *Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit*, Bd. 1, Westdeutscher Verlag, Opladen, S.80 - S.146.
- Bojadžijev, Manuela (2012): Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte“ (ISEK) // sowie Stadt Duisburg, Integriertes Stadtentwicklungskonzept Duisburg- Hochfeld 2020.
- Espahangizi, Kijan; Hess, Sabine; Karakayali, Juliane; Kasperek, Bernd; Pagano, Simona; Rodatz, Mathias; Tsianos, Vassilis S. (2016): Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft, in: *MOVEMENTS- JOURNAL FOR CRITICAL MIGRATION AND BORDER REGIME STUDIES*, Vol. 2, S.9 - S.23.
- Güntner, Simon (2007): Soziale Stadtpolitik – Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung, transcript, Bielefeld.
- Lanz, Stephan (2009): Powered by Quartersmanagement- Füreinander Leben im „Problemkiez“, in: Schur, Olaf; Drilling, Matthias (Hrsg.): *Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen*, VS Verlag, Wiesbaden, S.219 - S.225.
- Lees, Loretta; Butler, Tim; Bridge, Garry (2012): Introduction- gentrification, social mix/ing and mixed communities, in: Lees, Loretta; Butler, Tim; Bridge, Garry (Hrsg.): *Mixed communities: Gentrification by stealth?* Policy Press, Chicago, S.1- 14.
- Mayer, Magrit (2003): Das Potential des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Anti-Armutspolitik, in: Brand, Ulrich; Werner, Raza (Hrsg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Westfälisches Dampfboot, Münster, S.265- S.280.
- Neuburger, Tobias; Hinrichs, Christian (2021): Mechanismen des institutionellen Antiziganismus. Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt, Springer VS, Wiesbaden.
- Rinn, Moritz; Wehrheim, Jan (2018): Urbanität durch soziale Mischung?, in: Gestring, Norber; Wehrheim, Jan (Hrsg.): *Urbanität im 21. Jahrhundert*, Campus, Frankfurt am Main, S.215- S.233.
- Rinn, Moritz; Wiese, Lena (2020): Politiken sozialer Mischung und die Produktivität von Rassismus im „gefährlichen Viertel“, *Geographica Helvetica*, 75, 23–36 und: <https://gh.copernicus.org/articles/75/23/2020/>
- Walther, Uwe-Jens; Güntner, Simon (2013): Aufstieg und Fall der sozialen Stadtpolitik in Europa - das Ende einer Ära?, in: Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hrsg.): *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*, Campus, Frankfurt amMain.



10



11



12

IM GESPRÄCH MIT MARIA* & TAMARA*

*Namen geändert.

23. August 2023 in
Duisburg-Hochfeld

von Anna Irma Hilfrich

Tamara und Maria kommen die Treppe hoch, wir machen es uns im Wohnzimmer bei mir zu Hause in Duisburg-Hochfeld gemütlich. Die 19-jährige Tamara kenne ich bereits aus dem KUKSTDU-Projekt „ZUHÖREN! Lebensrealitäten rumänischer & bulgarischer Rom:nja in Duisburg“. 2022 interviewte sie mein damaliger Projektpartner Merfin Demir im gleichen Wohnzimmer. Im Rahmen dieser Publikation hilft sie mir bei der Übersetzung. Die junge Romni ist in Rumänien geboren, lebt aber seit ihrem 3. Lebensjahr mit ihrer Familie in Duisburg. Sie hat mir den Kontakt zu Maria vermittelt und Vertrauensarbeit geleistet.

Maria hat ein herzliches Gesicht und eine tiefe warme Stimme. Die 33-Jährige ist wie ihre junge Freundin in Rumänien geboren. Beide kommen aus der gleichen mittelgroßen Stadt in Siebenbürgen. Bis zu ihrem 18. Lebensjahr lebte Maria in dieser Stadt. Mit ihren vier Geschwistern wuchs sie im Haus der Großeltern auf: „Die Eltern waren auch da, aber die waren nicht immer zu Hause. Sie waren arbeiten. Ich war klein, und früher war es anders als jetzt. Früher gab es in unserem Ort keine Arbeit, die Eltern waren ein paar Tage oder eine Woche da oder da zum Arbeiten. Bei Leuten zu Hause oder in der Natur. Nicht Blumen pflücken, sondern mit Tieren arbeiten: alles sauber machen,“ erzählt Maria.

Tamara übersetzt und ergänzt: „Früher war das so, heute nicht mehr so sehr, manche machen das noch, die Armen.“

Ich frage, ob Maria in Rumänien in der Schule war: „Nein, niemals.“ „Sie ist Analphabetin“, sagt Tamara kichernd. Schnell fügt sie aber hinzu: „Aber sie kann schreiben.“ „Ja, meinen Namen und den Namen meiner Kinder“, erklärt Maria auf Deutsch. „Aber sie kann auch schreiben, mit dem Handy. Das Handy hat heutzutage das Schreiben zu allen Leuten gebracht,“ meint Tamara. „Nur ein bisschen“, wirft Maria wieder auf Rumänisch ein. Und weiter: „Die Kinder helfen: Die gehen zur Schule, sie verstehen.“ Ich frage, warum sie nicht in der Schule war. „Ich wollte nicht in die Schule. Die anderen Kinder hätten mich geärgert“

In der frühen Kindheit hat sie viel draußen gespielt mit den Geschwis-



tern und Cousins und Cousinen, als sie älter wurde, hat sie angefangen zu arbeiten:

„Nicht täglich hab' ich gearbeitet. Den älteren Frauen helfen im Garten, hacken, Gartenarbeit.“ Tamara ergänzt: „Früher war das so bei uns, in anderen Ländern glaub' ich auch, die mussten alles alleine machen, Tomaten anbauen und sowas.“

Ich frage, ob Marias Familie auch ein-

en Garten hatte: „Ja. Da sind Tomaten gewachsen und Gurken und weiße Bohnen. Das Gemüse wurde eingemacht. Wir hatten auch Hühner und ein Schwein. Das kam im Frühjahr als Ferkel und wurde dann im Herbst geschlachtet. Da war ich aber noch klein. Als ich 18 war, hat das dann alles aufgehört. Meine Oma wurde krank und konnte das nicht mehr machen. Letztes Jahr ist meine Oma gestorben.“

Mit 18 Jahren heiratete Maria und ging nach Polen: „Wir waren in einer Kleinstadt in Polen. Auf dem Markt haben wir Kleidung verkauft. Die Sachen haben wir von einer Frau bekommen. Wir sind morgens aufgestanden und haben die Sachen mit einem Bollerwagen zum Markt gebracht. Der war in der Nähe unserer Wohnung. Das ist so wie der Wochenmarkt hier in Hochfeld, nur jeden Tag. Es haben nicht viele gekauft, aber damals hat das gereicht, es war nicht so teuer wie heute.“

In Polen sind ihre drei Kinder auf die Welt gekommen: 9, 12, und 15 Jahre sind sie heute. Als das jüngste Kind geboren wurde, war es zu Ende mit dem Markt. Die Familie hat dann eine zeitlang wieder in Rumänien gelebt. Die größeren Kinder besuchten dort den Kindergarten.

In Duisburg lebten Verwandte von Maria, sie wollte nach Deutschland: „In Deutschland ist es besser mit Arbeit. Ohne Schule bekommt man in Rumänien keine Arbeit, auch in Polen nicht. Und die Kinder waren damals schon groß und sollten in die Schule. Das ist auch schwieriger in Polen und Rumänien.“

Die Familie kam nach Duisburg. Maria fand eine Arbeit in der Blumenindustrie. Sie sortierte Blumen nach Farben in den Niederlanden. Morgens fuhr sie mit anderen Arbeiter:innen in einem Kleinbus von Duisburg ca. 90 Kilometer zur Arbeit und abends zurück. Bis sie krank wurde. Der befristete Vertrag lief einfach aus. Sie musste am Unterleib operiert werden: „Wie ein Kaiserschnitt, aber nicht für ein Baby“, erklärt Tamara und schneidet mit dem Finger an ihrem Bauch entlang.

Seit drei Jahren lebt Maria mit ihren Kindern in Duisburg-Hochfeld. Damals ging auch ihre Ehe auseinander, seit einem Jahr lebt sie dauerhaft getrennt von ihrem Mann: „Er kommt aber manchmal und hilft mit den Kindern. Nimmt sie mit, geht mit ihnen spazieren“, erzählt Maria.

Maria ist krankgeschrieben und kann aktuell nicht arbeiten, sie erhält Transfer-

leistungen. Mit ihren Kindern wohnt sie in einer Ein-Zimmer-Wohnung, insgesamt 74m². Das Haus beschreibt sie als gut: „Für mich würde es reichen, aber die Kinder brauchen mehr Platz, ihre eigenen Zimmer.“

Die Wohnungssuche ist schwierig: „Ich frage Freunde, ob die helfen können. Im Internet eine Wohnung suchen ist schwierig ohne deutsche Sprache.“ Tamara ergänzt: „Es ist generell schwer, eine Wohnung zu finden, wenn du aus Rumänien bist. Viele wollen uns keine Wohnung geben.“

Tamara spricht aus eigener Erfahrung. Ihre Familie hat über ein Jahr nach einer neuen Wohnung gesucht. Sie sind zu sechst, Tamara und ihre zwei Kinder, die Eltern und die Großmutter. In ihrer Wohnung gab es keine Heizung, der Vermieter wollte von Gas auf Fernwärme umstellen, hatte aber nach dem Abstellen des Gases aufgehört, sich um das Installieren der Fernwärme zu kümmern. Die Heizungen blieben im Winter 2022/23 tot, geheizt wurde notgedrungen mit einer Elektroheizung. Da das Jobcenter Stromkosten nicht ohne weiteres übernimmt, blieb die Familie auf den Rechnungen sitzen. Der monatliche Abschlag belief sich ab Januar 2023 auf fast 500 €. Gleichzeitig wurde die Miete 2023 erhöht, für eine Wohnung ohne funktionierende Heizung und zwei Räumen mit mit Schwarzsimmelbefall.

Inzwischen haben Tamara und ihre Familie eine andere Bleibe in Duisburg gefunden, leider nicht in Hochfeld, wo sie groß geworden ist, wo ihr Sohn einen raren Kindergartenplatz hatte, wo ihre Freunde und Bekannte wohnen, wie Maria.

Was sie sich für sich wünscht, frage ich Maria zum Abschluss: „Gesund sein! Stark sein für die Kinder, sie groß machen. Ich bin stolz auf meine Kinder!“ Ich frage, wo für sie zu Hause ist: „Hier, in Hochfeld. Hier sind meine Kinder.“



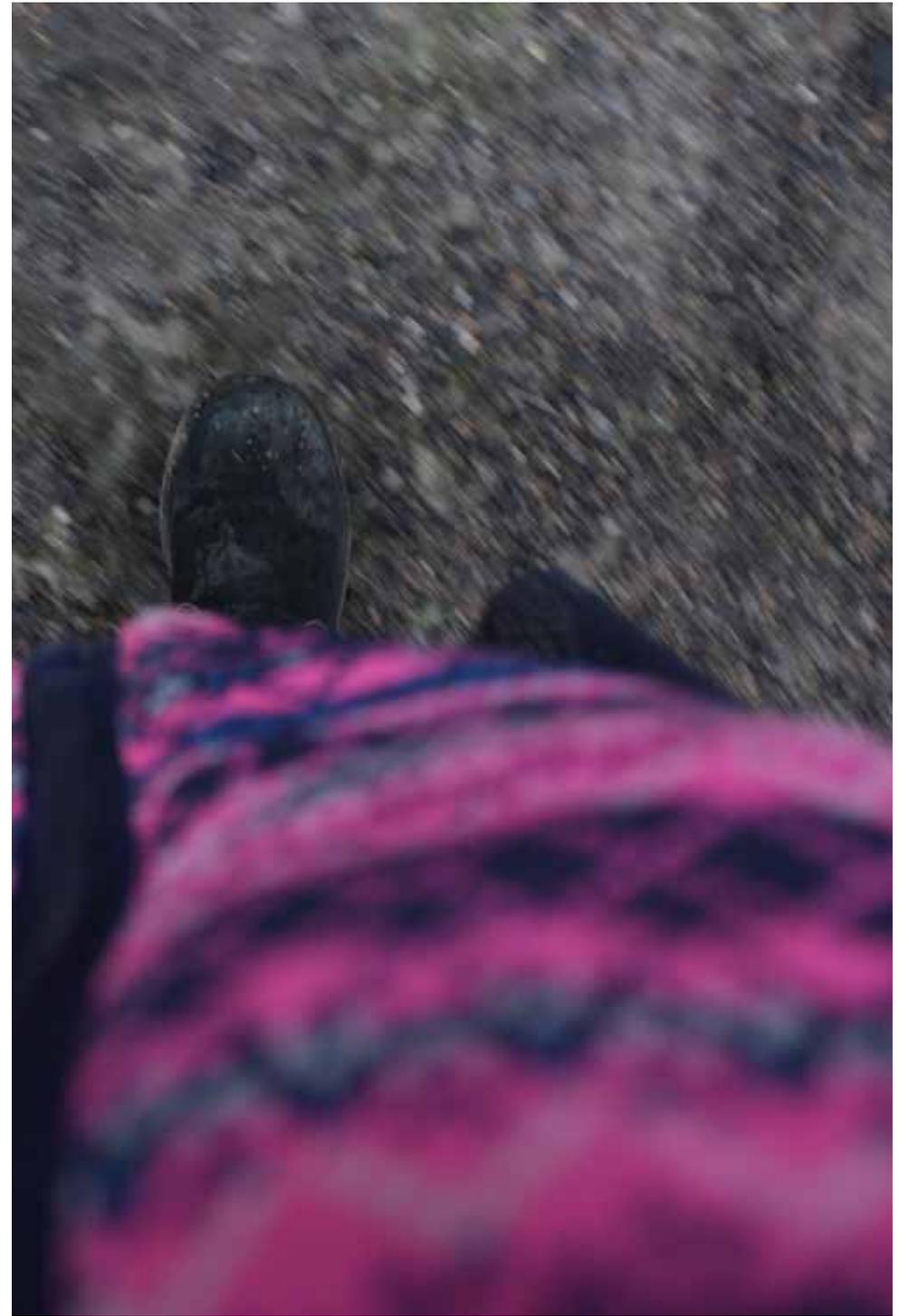
14



15



16



17

STIGMATISIERUNG DER MOBILITÄT INNERHALB DER EU: DER FALL DER ROMA AUS RUMÄNIEN

von Ioana Vrăbiescu,
aus dem Englischen von Thorsten Schlee

Grenzüberschreitende Mobilität stellt das staatliche Territorium wie auch seine kollektiven (imaginären) nationalen oder ethnischen Zugehörigkeiten in Frage. Jeder Grenzübertritt erzeugt einen ‚Anderen‘. Gilt der Grenzübertritt als unerwünscht oder als Bedrohung, stellt er die Souveränität des Nationalstaates infrage. Abhängig von Identität, der Staatsbürgerschaft oder arbeitsrechtlichen Abkommen greift der Staat ein, um sein Recht durchzusetzen; sei es auf der Route in das Land oder direkt an der Grenze. Die Vollstreckungsbeamten setzen ein Recht um, mit dem sie den Grenzgänger disziplinieren oder in das Herkunftsland zurückschicken. Zuweilen lösen Grenzübertritte soziale und moralische Panik aus, sowohl bei den Grenzschützern, als auch bei den Bewohnern der Region, die Fremden mit Misstrauen, Angst oder Abneigung gegenüberstehen. Wieso das so ist?

Allzu oft wird die Zugehörigkeit zu einem Ort mit der Zugehörigkeit zu einer imaginären Nation gleichgesetzt. Das Übertreten der Grenzen der eigenen Gemeinschaft macht eine Person sowohl aus Sicht des Ziellandes, aber auch aus Sicht des Herkunftslandes zu einem Ausländer, einer ortlosen und beliebig verortbaren Person. Grenzgänger und Migranten genießen keinen guten Ruf: Sie versuchen zu betrügen. Die staatliche Klassifizierung als Nicht-Staatsbürger und die kollektive Wahrnehmung von Ausländern sind der Nährboden für nationalistische Ideologien sowie auch Grundlage eines rassifizierten Kapitalismus. Während auf dieser Basis Stereotypisierungen zunehmen, staatliche Praktiken immer gewalttätiger, zugriffiger werden, wächst auch die Armut. Lassen Sie mich das erklären.

Europa gehört eigentlich zu den Regionen, in denen Menschen sich am wenigsten bewegen. Die Staatsbürgerschaft wurde erfunden, um die Bewegung der Menschen während der industriellen Revolution einzudämmen, zu kontrollieren und sicherzustellen, dass sie das Gebiet eines Nationalstaats nicht ohne Grund verlassen oder betreten. Sie bietet damit immer auch einen Anreiz zur Rückkehr. Ihre Logik ist wirtschaftlicher Natur: Der Staat treibt die Steuern ein, betreibt die Systeme sozialer Sicherung und verwaltet die Armut. Hergestellt wird sie durch nationalistischen Einschluss und Ausschluss. Ethnisierung, der Entzug von Rechten und räumliche Säuberungen (Vertreibung, Deportation, freiwillige Rückkehr) begleiten die Entwicklung nationaler Staatsangehörigkeit. Dieser Zusammenhang von wirtschaftlichen Interessen und Staatsbürgerschaft als Mechanismus der Mobilitätskontrolle erklärt die gewalttätigen Aktionen gegen Menschen, die sich über Grenzen hinweg bewegen, gerade wenn es um den Zugang zu sozialen Leistungen und Wohnraum geht.

Entwicklung? Die Abwicklung Osteuropas

Die Überakkumulation von Kapital in den entwickelten Volkswirtschaften hat nicht nur für das spekulative Wachstum im Finanzsektor gesorgt, sondern mit Hilfe neoliberaler Reformen, z.B. sogenannten Strukturanpassungsprogrammen, auch zu Rückentwicklung und Deindustrialisierung in Osteuropa geführt. Dabei handelte es sich um politische

Interventionen, die auf der Grundlage von Krediten entwickelt wurden. Länder, die sich in der ‚Entwicklung‘ oder sich im ‚Übergang‘ befanden, liehen sich Geld (in der Regel vom IWF – Internationaler Währungsfond – oder von der Weltbank) und versprachen, bestimmte Politiken umzusetzen, um ihr politisches und wirtschaftliches Umfeld an den westlichen Markt anzupassen. Für Harvey (2000) stammen solche Vorgehensweisen aus dem Lehrbuch kapitalistischer Akkumulation durch Enteignung.

Unter diesem Politikstil erfolgte in den 1990ern die Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Staaten in den kapitalistischen Markt mit einem direkten Gewinn aus der Enteignung von Vermögenswerten und einem Anstieg der Staatsverschuldung. In der Folge hörten Hunderte von Industriebetrieben in den stark industrialisierten sozialistischen Ländern Osteuropas auf zu existieren. Es kam zu einem massiven Abbau von Lohnarbeitsverhältnissen (zunächst in den weiblichen, dann in den männlichen Sektoren), Millionen von Arbeitnehmern wurden entlassen und waren über Nacht auf sich gestellt. Diese Situation, die nie als ‚Krise‘ bezeichnet wurde, sondern als natürliches Phänomen von Ländern im ‚Übergang‘ galt, führte zu einer Massenauswanderung aus Osteuropa, die besser als innereuropäische Massenarbeitsmigration bezeichnet werden kann.

Durch diese Massenauswanderung verliert das Herkunftsland nicht nur einen erheblichen Teil seiner Arbeitskräfte (bis zu 25%), sondern es entsteht auch eine getriebene und ungeschützte Bevölkerung von gut qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitskräften. Zwischen 2004 und 2017 sind so etwa 52 Millionen Menschen von Ost- nach Westeuropa abgewandert.

Diese Menschen, die vor allem verdeckten, unsichtbaren Tätigkeiten nachgehen, sind arm, meist weiblich, haben oft keine Papiere, die eine formale Ausbildung nachweisen, und bewegen sich gezwungenermaßen über administrative oder staatliche Grenzen innerhalb Europas. Jedes Mal, wenn sie Grenzen passieren, ändern sich für sie die Regeln des Zugangs zu basaler sozialer Sicherung. Menschen, die ihr Land aufgrund makroökonomischer Veränderungen verlassen, werden prekarierte, verletzte Arbeitsmigranten. Sie kommen nicht nur schwer über die Runde, ihnen fehlt es an Anerkennung, an rechtlichem und sozialem Schutz, ihnen fehlen Dokumente, Wohnraum, Arbeitsmöglichkeiten, Zugang zum Gesundheitssystem und zur Bildung. Während der verschiedenen Zeiträume meiner Feldforschung in Spanien und Frankreich hatten viele meiner osteuropäischen Gesprächspartner mit einer, mit zwei oder auch mit allen dieser Probleme zu tun.

Diese Barrieren gewinnen an den innereuropäischen Grenzachsen zwischen Süden und Norden sowie zwischen Osten und Westen an Relevanz. Den Menschen wird eine ethnisch-nationale und heterosexuelle Identität zugerechnet: ein Prozess der Rassifizierung und Kategorisierung, entsprechend den ökonomischen Grenzlinien. Diese rassifizierten Grenzen innerhalb Europas sind normalisierte Formen der Gewalt und werden durch das wiederkehrende Narrativ der Bedrohung durch die außereuropäische Migration noch verstärkt.

Versicherheitlichung und Abstempeln zum Sündenbock

Wichtigste Instrumente staatlicher Mobilitätskontrolle sind Polizeiarbeit und Abschiebungen. Auf dem Gebiet der EU stehen die Praktiken der polizeilichen Überwachung und Abschiebung, auch von EU-Bürgern, im Zusammenhang mit der zunehmenden Versicherheitlichung der Migration und der Stigmatisierung armer Menschen, die auf der Suche nach Arbeit Grenzen passieren. Insbesondere die Versicherheitlichung der Migration ist ein verschlungener Diskurs. Mit ihm wird Migration als Problem in-

nerer Sicherheit gefasst und damit Mobilität kriminalisiert. Schon ein fehlender Aufenthaltstitel rückt Menschen in den Bereich von Illegalität und Kriminalität. Der fehlende Zugang zu legalem Wohnraum kennzeichnet Menschen als verdächtige Nicht-Bürger, als Migranten, als Ausländer. Bereits die Art und Weise, wie Staaten Menschen vor allem anhand ihrer Aufenthaltstitel identifizieren und klassifizieren, verwischt die Grenzen zwischen der Verwaltung und der Strafjustiz. Durch diese Versicherheitlichung von Migration legitimieren Staaten die Beobachtung, Kontrolle und polizeiliche Überwachung von mobilen EU-Bürgern. Zur Rechtfertigung der oftmals gewalttätigen, gewaltvollen Staatsinterventionen kommt jedoch ein weiteres nützliches Element ins Spiel: die soziale und moralische Panik.

Es gibt zahlreiche Beispiele für Strategien solcher moralischer Panik. Sie wird in der Regel gegen eine als weniger zivilisiert geltende und kulturell zum Sündenbock gemachte Minderheit eingesetzt, die folglich mit guten Gründen ausgegrenzt und vertrieben werden kann. Menschen, die als Ausländer gelten, bleiben verdächtig – ihr Lebensstil ist mindestens problematisch, oft wird er sogar als Bedrohung für die Aufnahmegesellschaft gesehen. In der Logik von Prozessen der Rassifizierung macht die besorgte Öffentlichkeit mobile Bürger, die oftmals in prekären Armutsverhältnissen leben, verantwortlich für die sozialen Missstände im Spätkapitalismus. Soziale und ökonomische Fehlentwicklungen werden der Zuwanderung angelastet, und zuweilen genügen schon wenige Migrantenfamilien, um unter den Ortsansässigen Panik auszulösen. Der Ruf nach verstärkter Wachsamkeit, Kontrolle und Polizeieinsätzen ist dann nicht weit.

Während meiner Feldforschung in Spanien habe ich erlebt, wie lokale Behörden intervenierten, um sicherzustellen, dass die Neuankömmlinge das soziale Leben der ‚autochthonen/ursprünglichen Bürger‘ nicht stören. Sozial- und Gemeinde-Mediatoren stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, zu definieren, was kulturelle und soziale Konflikte sind, und argumentieren, dass ein ‚hoher Anteil an Einwanderern‘ die Gefahr birgt, dass die einheimische Bevölkerung sich unwohl fühlt. Sie sind für die Ausarbeitung von Programmen zur Verhinderung sozialer Konflikte zuständig. Mit ihnen folgen Überwachungspraktiken, die Einmischung in das Privatleben der Migranten und die Verstärkung polizeilicher Kontrolle von Armen und marginalisierten Personen.

Einer meiner Gesprächspartner erklärte, wie problematisch die Anwesenheit einiger Roma wurde, nachdem sie aus Rumänien in ein Viertel in Barcelona, Spanien, gezogen waren:

„Wir haben vor sechs bis acht Jahren begonnen, mit den ‚rumänischen Gitanos‘ zu arbeiten, als sie in die Stadt kamen. Davor hatten wir die Anwesenheit von Roma in der Stadt nicht bemerkt. Die Ankunft dieser Bürger hatte Auswirkungen auf die gesamte Bürgerschaft. Und warum? Weil es [so] viele waren, die kamen, und ihre Kleidung und ihre Lebensweise mit den Kindern ... die Kinder auf der Straße usw., das war es, was uns alarmierte. Das hat einen besonderen sozialen Alarm ausgelöst.“

Er beschreibt dann, dass diese „vielen“ Roma in Wirklichkeit nur etwa sieben Familien waren, aber die Leute glaubten, dass ein „bestimmter Lebensstil“ in der Nachbarschaft nicht mehr akzeptabel sei. Es erfolgte die lokale soziale Intervention in Zusammenarbeit mit der Polizei, um die Mobilität der Migranten zu erzwingen, die keinen legalen Wohnsitz hatten und ihre Kinder nicht zur Schule schicken konnten. In der Tat bedeutete die ‚soziale Intervention‘, dass die Menschen ständig von Räumung und Abschiebung bedroht waren. Meine Forschung in Spanien (2015-2016) und später in Frankreich (2016-

2018) bestätigte, was andere wissenschaftliche Studien und Aktivistenaktionen über die Vertreibung armer Familien, insbesondere der Roma aus Rumänien, die in verschiedene Orte und Länder in Westeuropa gezogen sind, diskutierten.

Erzwungene Mobilität rückwärts: die ‚freiwillige Rückkehr‘

Die Rückentwicklung Osteuropas führte zur Massenmigration. Die Gemeinsamkeiten der Politiken von Herkunfts- und Zielländern bestehen in Räumungen, Vertreibungen und Ausweisungen. Dabei beruhen die Politiken immer auf einem Verständnis davon, welche Migranten es verdienen, sich in einer Gemeinschaft aufhalten zu dürfen.

Um zu zeigen, welche Migranten es verdienen und welche nicht, beziehe ich mich auf erzwungene Mobilität. Im Unterschied dazu kennt privilegierte Mobilität viele Namen und Kanäle: Tourismus, Geschäftsreisen oder Einreisen mit olympischen Visum (Sportler), hochgebildete Menschen, digitale Nomaden usw. Diese Menschen besetzen die Vorstellungswelt für verdiente und auch gewollte Mobilität, unabhängig davon, ob sie aus privaten, Freizeit- oder beruflichen Gründen unterwegs sind.

Im Gegensatz dazu werden bei abgelehnten Asylsuchenden, bei Personen, die ihren Arbeits- und/oder Mietvertrag verlieren, und bei all den kriminalisierten und/oder inhaftierten Personen – bei Sexarbeitern, Opfern von Menschenhandel, Kleinkriminellen, obdachlosen Nicht-Staatsangehörigen usw. – strengste Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

Der rassifizierte Kapitalismus funktioniert in Europa besonders gut, indem er die Kategorie der ‚mobilen arbeitenden Armen‘ erzeugt. Als Ausländer sind sie der staatlichen Praxis der Abschiebung in doppelter Weise ausgesetzt. Wenn in diesem Zusammenhang in der Migrationsforschung von Push- und Pull-Faktoren die Rede ist, handelt es sich de facto doch um erzwungene Mobilität, wie bei Binnenflüchtlingen. Der Niedergang Osteuropas nach dem Fall des ‚Eisernen Vorhangs‘ hatte drastische Auswirkungen auf das Leben der Menschen und ihre Entscheidung, sich auf Arbeitssuche nach Westeuropa zu begeben.

Verschiedene staatliche Praktiken zwischen Regulierung und Deregulierung, zwischen Erfassung und nicht Abweisung umschreiben ein Kontinuum sozialer Ausschlüsse, das in der Konsequenz zum Entzug fundamentaler Rechte führt. Die Praktiken der Nichterfassung in westeuropäischen Staaten reichen vom Verbot legaler Arbeit von Osteuropäern (selbst wenn sie offizielle EU-Bürger werden) über die schwierige Anerkennung von Qualifikationen für den Zugang zum Arbeitsmarkt (insbesondere für hochqualifizierte Berufe wie Ärzte) bis hin zu administrativen Schlupflöchern, die einzig darauf zielen, die durch die grenzüberschreitende Mobilität in Europa bedingten bürgerlichen und sozialen Rechte aufzuschieben, zu verzögern oder ganz zu verweigern. Diese staatlichen Praktiken spiegeln die Dynamik zwischen dem Narrativ der europäischen Integration (sozioökonomisch, kulturell, politisch) und den zentrifugalen Tendenzen der Desintegration (wie dem Brexit und seinen ähnlichen Ex-Varianten in den EU-Ländern) wider. Das Kontinuum der ausgrenzenden Praktiken betrifft verarmte und marginalisierte EU-Bürger ebenso wie Geflüchtete oder illegalisierte Menschen auf dem Kontinent. Unter diesen ausgrenzenden Praktiken stellen die Abschiebungen und die ‚freiwillige Rückkehr‘ derjenigen mobilen EU-Bürger, die sich nicht in die Aufnahmegesellschaften integrieren, einen besonders besorgniserregenden Fall dar.

Die Logik der Versicherheitlichung der Migration führt die ‚freiwillige Rückkehr‘ als Bestandteil einer sozial integrativen Politik. Sie kommt als gutgemeinte, irgendwie soziale und humane Vorgehensweise daher. Sie ist aber aus verschiedenen Gründen überaus problematisch: Sie stärkt die Vorstellung einer Heimat, sie ignoriert die

patriarchale Gewalt, die dem kapitalistischen Haushalt eingeschrieben ist, und sie ermächtigt soziale Dienste, Personen zu enteignen und zu vertreiben. Darüber hinaus offenbart die ‚freiwillige Rückkehr‘ ein zutiefst paternalistisches Verständnis von sozialen Rechten, das in seinem Kern gewalttätig ist. Statt einer integrativen Politik, die auf der angebotenen Hilfe für die Rückkehr in das Herkunftsland derjenigen beruht, die nicht ‚integriert‘ sind, handelt es sich bei den staatlichen Programmen zur ‚freiwilligen Rückkehr‘ in Wirklichkeit um verschleierte, normalisierte Praktiken der Ausgrenzung.

Die Migration von rumänischen Roma nach Westeuropa zeigt, wie Praktiken und Diskurse der Enteignung und der Ent-Ortung zusammenkommen, und wie sie sich mit Formen rassistischer und kolonialer Unterdrückung überlappen, wie die westeuropäischen Staaten sie pflegen. Die ‚Anderen in Europa‘ werden kontinuierlich durch Prozesse der Rassifizierung produziert, die den Kern der Entwicklung des neoliberalen rassistischen Kapitalismus bilden.

Schlussfolgerung

Um die innereuropäische Mobilität der letzten drei Jahrzehnte zu erfassen, müssen wir die Dynamiken eines rassifizierten Kapitalismus der gleichzeitigen Akkumulation und Enteignung im Blick behalten. Die Tendenzen kapitalistischer Märkte, neue Länder zu erschließen und zu erobern, hatte sehr unterschiedliche Auswirkungen in West- und Osteuropa. Im Osten manifestierten sich die Politiken der Rückentwicklung nicht zuletzt dadurch, dass sie eine massenhafte Arbeitsmigration gen Westen erzeugten. Auf der Spitze ihrer Produktivität ließen Menschen ihre Familien und sozialen Beziehungen für ein scheinbar besseres Leben im Westen hinter sich. Dort aber begegnete man ihnen mit Verdacht, Angst und Feindseligkeit. Nicht selten endete ihr Streben nach einem besseren Leben in der Deportation, und nur selten hatten sie Zugang zu den spärlichen Sozialleistungen.

Auf der westlichen Seite fühlten sich die Arbeiter dagegen von ihren eigenen Regierungen verraten: Nachdem sie ihr Leben den kapitalistischen Idealen gewidmet hatten, sahen sie sich mit abwandernden Industrien, Arbeitsplatzverlusten und immer weniger sozialen Leistungen konfrontiert. Die Staaten brauchten stattdessen schnelle und billige Arbeitskräfte (Gesundheitswesen, Lebensmittelproduktion usw.), um die übrig gebliebenen Sozialleistungen an ihre eigenen mittellosen Arbeiter-Bürger zu verteilen.

Zusätzlich aber brauchte es auch die Politiken der Vertreibung, Abschiebung und der ‚freiwilligen Rückkehr‘, die Schuldzuweisungen an Minderheiten und die Versicherheitlichung der Migration, um sowohl die ausländische Bevölkerung, als auch die heimische Lohnarbeiterschaft zu kontrollieren und soziale Rechte für beide Gruppen einzuschränken. Durch die Kombination eines funktionalen Prekariats im Westen, zu dem sich eine entrechtete Arbeiterklasse aus den mittel- und osteuropäischen Ländern gesellt, konsolidiert sich eine Niedriglohnwirtschaft in Europa, die das System des europäischen Kapitalismus am Laufen hält.

- Vrăbiescu, Ioana (2017): Non-and dedocumenting citizens in Romania: Nonrecording as a civil boundary. *Focaal*, 2017(77), S.22 - S.35.
- Vrăbiescu, Ioana (2018): Voluntary return as forced mobility: Humanitarianism and the securitization of Romani migrants in Spain, in: *The securitization of the Roma in Europe*, Springer International Publishing, Basel, S.207 - S.229.
- Vrăbiescu, Ioana (2019): Dwelling in Limbo: Temporality in the governance of Romani migrants in Spain, in: *Constructing Roma migrants: European narratives and local governance*, S.109 - S.128.
- Vrăbiescu, Ioana; Kalir, Barak (2020): Care-full failure: How auxiliary assistance to poor Roma migrant women in Spain compounds marginalization. In *Roma Migrants in the European Union*. Routledge, S.96 - S.108.
- Vrăbiescu, Ioana (2021): *Deporting Europeans: The Racialized Mobility of Romanians in France*, Rowman & Littlefield, New York.



18

Literatur

- De Genova, Nicholas P. (2002): Migrant "illegality" and deportability in everyday life. *Annual review of anthropology*, 31(1), S.419 - S.447.
- Harvey, David (2006): Neo-liberalism as creative destruction, *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography*, 88(2), S.145 - S.158.
- Van Baar, Huub (2017): Evictability and the biopolitical bordering of Europe, *Antipode*, 49(1), S.212 - S.230.
- Vrăbiescu, Ioana (2016): Evictions and voluntary returns in Barcelona and Bucharest, *Intersections, East European Journal of Society and Politics*, 2(1), S.199 - S.218.

BESUCH BEI ILONA*

*Namen geändert.

07. Oktober 2023
in Duisburg-Hochfeld

von Anna Irma Hilfrich

ANKOMMEN

An einem Samstag besuche ich Ilona. Die 50-jährige gebürtige Polin lebt seit 2011 in Deutschland, in der Stadt Duisburg.

Ilona ist eine kleine, schmale Frau mit müden Augen, ihr Kopf zittert leicht. Die Arbeitsverhältnisse in Deutschland haben sie krank gemacht.

Ich baue mein Audioaufnahmegerät auf, während Ilona schwarzen Tee für uns zubereitet. Sie lebt allein in einer kleinen 2-Zimmer-Wohnung in Hochfeld. Wir sitzen im gemütlichen Wohnzimmer mit Küchenzeile, die Wände hat sie vor einigen Tagen weiß gestrichen, eine Auffrischung. Draußen spielen Kinder, die Sonne scheint an diesem Oktober-Mittag.

Wir plaudern, bevor ich den Rec.-Button drücke. Ich erzähle von unserem Projekt und frage, ob sie ihren echten oder einen Nicknamen nutzen möchte. Sie will anonym bleiben, zu groß ist die Angst vor Repressionen. Sie sucht sich den Namen aus: „Ilona!“, sagt sie lachend, „Ist doch ein schöner Name.“ Sie reicht mir meine Tasse Tee und ein Stück Kuchen. Ich drücke Rec., die Aufnahme läuft.



Ilona spricht leise, mit Bedacht wählt sie ihre Worte, sie möchte so sachlich und klar wie möglich sein.

Geboren und aufgewachsen ist sie an der Ostsee Polens, in der Nähe von Danzig. Mit 18 Jahren verließ sie ihre Heimatstadt, um eine Ausbildung als Bürofachkraft zu beginnen. Eine feste Arbeit in ihrem erlernten Beruf fand sie dann nicht. Ihre Firma ging, wie viele andere Firmen im Polen der 1990er, bankrott:

„In den 90er-Jahren war es sehr schwer in Polen mit der Arbeit, weil viele Firmen schließen mussten. Das war wie in der DDR, da kam die Privatisierung. Die Menschen in Polen wollten nicht den Kommunismus mit Russland, sie wollten Europa, diese Demokratie. Da hat sich alles privatisiert, und die ersten paar Jahre war es schwer mit der Arbeit, sie zu bekommen oder zu halten. Früher war Kommunismus, jeder hatte Arbeit, wir waren nicht reich, aber wir waren abgesichert, wir hatten Essen, konnten wohnen und alles. Nach der Privatisierung hat sich das verändert, nun musste man, wenn man seine Arbeit verliert, selbst sehen, wie man klarkommt.“

Ilona zog zurück zu ihrer Familie, arbeitete, was es zu arbeiten gab, war verheiratet und zog ihr Kind groß.

Als die Ehe zu Ende ging und das Kind volljährig war, erhielt sie die Möglichkeit, in Deutschland zu arbeiten: „Durch Zufall habe ich hier ein Angebot bekommen, mit Wohnung, mit Arbeit. Ich konnte die deutsche Sprache, weil ich das damals in der Schule lernte, natürlich nicht so gut wie jetzt.“

Ich habe mir gesagt, ok, ich probiere es zwei Jahre. In Polen hielt ich mir Türen auf und habe mir gesagt, wenn es nicht klappen sollte, kann ich immer wieder zurück. Aber die ersten Jahre haben ganz gut geklappt.“

DAS WAR 2011

„Ich hatte hier Freunde. Die haben

mich überredet. Und ich wollte es probieren, ob ich das schaffen kann. Ich wollte ein besseres Leben haben. Das war früher hier möglich, ich war noch jung.“

Mit der Wohnung funktionierte alles gut, aber die versprochene Arbeit konnte sie nicht beginnen, da Papiere fehlten: „Im Fernsehen hat Merkel gesagt, Papiere gibt es erst nach einem halben Jahr. Aber die meisten Arbeitgeber wollen die Freizügigkeitspapiere sofort haben. Zwei Arbeiten haben deswegen nicht geklappt, ich musste erst zur Ausländerbehörde, die Papiere beantragen. Ich hatte ein bisschen Geld. Tatsächlich lebte ich vier Monate nur von meinem Ersparnis. Ich musste erstmal die Behörden überwinden.“

Dann habe ich in Deutschland meine Arbeit angetreten und konnte davon meine Miete bezahlen und war versichert und alles Drum und Dran. Schlimm ist es, wenn man keine Arbeit kriegt, die Zeit läuft, das wird schwierig.“

Die Auswahl an Arbeitsplätzen war überschaubar. Sie bekam einen befristeten Vertrag in einer Reinigungsfirma. „Ich hatte nicht viel Auswahl bekommen, ich musste erst die schwierigste Arbeit machen, ich meine Reinigung. Ich sagte mir: Warum denn nicht? Immerhin habe ich Einkommen, und Arbeit ist Arbeit.“

Die Firma war in Duisburg. Sie bot Arbeit als Teilzeit an, z.T. auch als Minijob. Ich habe Teilzeit bekommen, denn ich brauchte Geld.

Die Firma betreute verschiedene Objekte in Duisburg, z.B. Büros oder Kindergärten, und man ist dann verteilt worden. Zweimal am Tag bin ich zur Arbeit gefahren. Z.B. habe ich um 6 Uhr angefangen und bis ca. 10, 11 Uhr gearbeitet, und am Nachmittag musste ich dann nochmal woanders hinfahren für zwei bis drei Stunden. Also habe ich etwa sechs Stunden am Tag gearbeitet und etwa 700 € im Monat bekom-

men; für wie viele Stunden insgesamt im Monat, weiß ich nicht mehr genau, um die 100 Stunden, glaub ich.“

Ich frage, wie die Arbeitsbedingungen waren: „Also, die Arbeitsbedingungen waren ...“ Ilona überlegt: „Also, man muss arbeiten, das habe ich auch gemacht. Mit vielen verschiedenen Kollegen unterschiedlicher Nationalitäten. Und immer geht es nur um den Vertrag, ob man einen weiteren Vertrag bekommt. Die meisten hatten einen Jahresvertrag wie ich, einige nur einen Vertrag für ein halbes Jahr. Und dann kommt es zu ...“ Ilona stockt und sucht das Wort: „Rivalisieren ... nein ... Konkurrenz. Ob man jetzt einen neuen Vertrag bekommt oder aber nicht.“

Ich fasse zusammen: „Also, das war eine Firma, und die hat euch einen Minijob oder Teilzeitjob gegeben, aber diese Verträge waren befristet, von einem halben bis ein Jahr. Wenn man sich besonders anstrengt, wird der Vertrag ggf. um ein weiteres Jahr verlängert. War irgendwann auch von Entfristung die Rede?“ Ilona antwortet: „Du musst mindestens ein Jahr gut arbeiten. Das habe ich auch gemacht. Und ich habe auf einen weiteren Jahresvertrag gehofft. Also ich war motiviert, ich war fleißig, ich bin immer eingesprungen, wenn ein Kollege krank war. Ich war allein, ich konnte mit meiner Zeit umgehen, wie ich wollte. Und mein Traum war, hier einen festen Vertrag zu bekommen. Egal für welche Arbeit, Hauptsache ein fester Vertrag, das war mein Traum, mein Ziel. Ich habe die Verlängerung nicht bekommen. Ich war sehr enttäuscht.“

Ich frage, ob sie mehr gearbeitet hat, als vertraglich festgelegt war. Ilona bejaht knapp. „Wurde das entlohnt?“, frage ich weiter. Ilona überlegt: „Ich war immer zu früh. Z.B.: Du sollst um 6 Uhr anfangen. Das heißt aber, man soll schon um halb 6 da

sein, das ist normal. Oder sie sagen: 3 Stunden für das und das, aber manchmal ist es zu viel Arbeit, das schaffst du nicht in dieser Zeit. Und was machst du dann? Die Arbeit muss gemacht werden, es gibt eine Kontrolle, also bleibst du länger. Unsere Leiterin hat oft sehr gedrückt – das muss so und so sauber sein –, und du stehst unter Druck. Das muss perfekt sein, und es interessiert keinen, wie du das schaffst. Wenn du es nicht schaffst, musst du halt länger bleiben, 15, 20 Minuten, vielleicht eine halbe Stunde. So ist es bei den meisten Firmen, du musst schneller sein, flexibler sein, du musst sehr motiviert und zielorientiert sein, um das Pensum zu schaffen.“

Das habe ich alles geleistet und trotzdem den Vertrag nicht bekommen. Ich war neu hier, ich kenne mich mit den Gesetzen hier nicht aus, wo sollte ich hingehen? Ich dachte damals, na gut, ich bin jung, ich finde etwas anderes. Und durch Zufall habe ich tatsächlich was gefunden, in der Gastronomie – nicht putzen, sondern eine andere Arbeit.“

2012

Es war eine große Firma in Düsseldorf, mit unterschiedlichen Filialen: Verkauf, Restaurant, Bäckerei. Ilona bekam einen Vollzeitvertrag für ein Jahr, Schichtarbeit:

„Ich habe mich wieder an einen festen Vertrag geklammert, habe viele Überstunden gemacht, Samstage, Sonntage, egal, Hauptsache Geld verdienen. Ich war sehr motiviert, und ich kann auch viele Sachen und bin lernfähig, und mir wurde auch ein fester Vertrag versprochen nach einem Jahr.“

In der Gastronomie zu arbeiten, ist oft sehr schwierig, denn du musst alles können. Ich habe erst Produktion gemacht, du musst die Waren herstellen. Dann war ich im Verkauf, dann im Service, und alles immer sauber machen.

Wenn jemand krank war, bin ich eingesprungen, manchmal habe ich sieben Tage am Stück gearbeitet. Die ersten zwei Monate hatte ich nur Nachtschichten. Ich war in der Produktion, die Waren vorbereiten für's Restaurantessen oder die Bäckerei, die müssen morgens frisch da sein. Da bin ich dann von hier 20, 21 Uhr weggefahren und hab dann um 22 Uhr mit der Arbeit angefangen, bis morgens 6 Uhr, manchmal auch bis 7 oder 8 Uhr. Das habe ich zwei Monate lang gemacht, nur nachts gearbeitet, ohne Nachtzuschlag.

Bei der Firma habe ich etwa 1000 € netto bekommen für über 200 Stunden Arbeit. Später habe ich dann Schichtdienste gemacht, eine Woche Nacht, eine Woche Spät usw.

Manchmal, wenn die Kasse nicht gestimmt hat, wurde uns das abgezogen, z.B. wenn da 150 € fehlten, wurde das abgezogen. Aber es gab auch Prämien.

Ich habe trotz allem wieder gehofft, einen festen Vertrag zu bekommen. Und dieser Arbeitsplatz war auch schön, du hast viel mit Menschen, mit verschiedenen Personen zu tun, und du hast auch Schönes gesehen.“

Ich frage nach der Arbeitsatmosphäre, nach dem Team:

„Da war viel dieses Kämpfen um einen Vertrag, ums Weiterkommen, und bei manchen war man nicht akzeptiert. Die mit festen Verträgen können machen, was sie wollen. Die Neuen bekommen meistens nichts, machen Arbeit für vier. Das war Mobbing.

Kollegen aus anderen Läden haben mir geraten, vors Arbeitsgericht zu gehen, aber ich war so erschöpft. Die kamen ja alle zu uns und haben ihren Kaffee geholt oder Brötchen, Kuchen und gesehen, dass die Firma nicht gut war. Ich war aber ganz neu in Deutschland, erst zwei, drei Jahre, da musst du Abstriche machen, du musst

dich anpassen, und du denkst, wenn du immer alles richtig machst, dann bekommst du den Vertrag. Aber das ist eben nicht so. Die meisten wissen ja, dass du diesen festen Vertrag brauchst, damit du Sicherheit hast. Und das ist ein sehr großes Problem, dass das so ist.“

Ein fester Vertrag wurde Ilona in Aussicht gestellt, wenn sie ein Jahr lang gut arbeitet. Tatsächlich hat sie nach einem Jahr nur wieder einen befristeten Vertrag von einem halben Jahr bekommen, mit der Aussicht, nach diesem halben Jahr entfristet zu werden. In diesem halben Jahr wurde Ilona das erste Mal krank.

„Die Leiterin hat mir nach drei Monaten gesagt, ich sei ersetzbar, dass sie eh andere Leute bekommen, egal wie sehr ich mich anstrenge. Durch diese Vorfälle bin ich erkrankt, und wenn man krank ist, hat man keine Chance mehr auf einen festen Vertrag. Das war schwer, mit der Hierarchie von Festangestellten und uns mit den befristeten Verträgen, das war ein enormer Druck. Manchmal arbeitet man für diese Leute, für vier bis fünf Leute, und du kannst dich nicht beschweren. Einmal habe ich es gemacht, ein zweites Mal geht es nicht, du musst dann einfach mithalten, die haben einfach zu viel Macht. Das war schon extrem, also nicht nur mit mir, da waren auch andere aus verschiedenen Ländern, Bulgarien und Sri Lanka und auch türkische Leute. Viele hatten einfach Angst. Es war egal, wie gut man war, alles verkauft, guter Umsatz, alles sauber wie geleckert, aber es reicht nicht.

Ich wurde dann körperlich krank, ich kam die Treppe nicht mehr hoch, hatte Probleme zu laufen. Ich habe nicht bemerkt, dass ich krank war, ich dachte, das schaffe ich schon. Ich habe nicht verstanden, dass es nicht normal ist, was da passiert, denn ich war so fixiert auf den Vertrag.

Ich hatte Angst vor diesen Leuten, es gab Handgreiflichkeiten, Schubseerien, sexuelle Annäherungen – wenn du das machst, bekommst du den Vertrag ... Ich schäme mich, darüber zu reden. Da sind zwei Leute, die haben Macht, der Chef kann diese Leute nicht entlassen, der ist abhängig von denen, und dann ist es normal, dass er mich entlässt.“

Ilonas Vertrag lief wie bei der Reinigungsfirma aus. Zu dem Zeitpunkt war sie bereits vier Jahre in Deutschland; die Türen in Polen sind inzwischen zu.

Arbeitslos

„Ich habe versucht, mir ein normales Leben aufzubauen, ich dachte, alles passt schon. Auch mit der Arbeit habe ich geglaubt, dann finde ich halt was anderes. Ich war noch nicht so alt, ich dachte, das pack ich schon, ich hab an mich geglaubt.“

2015 lebte Ilona erstmals, seit sie in Deutschland war, nicht von ihrer Arbeit, sie bezog Arbeitslosengeld 1. Sie fand aber immer wieder Arbeit in der Zeit: „Da bekam ich dann Arbeit durch diese Leihfirmen, da drei Monate, da vier Monate. Die waren bei der Arbeitsagentur im Computer, und ich hatte mich darauf beworben. Ich hab vom Arbeitsamt Geld bekommen, wenn ich irgendeine Arbeit gefunden hatte für drei oder vier Monate, hat die Firma bezahlt, dann wieder das Arbeitsamt, so ging das ein Jahr lang. Ich merkte dann irgendwann, dass ich gar keine Chance habe, irgendwas Festes zu bekommen.“

Ab 2016 ist Ilona dann beim Jobcenter: „Dann ging es mit den Maßnahmen los. Bei einer Maßnahme musste ich Bewerbungen schreiben, was ich ganz nett fand, denn ich hatte keine guten Computer-Fähigkeiten, die konnte ich da lernen. Du musst Bewerbungen schreiben und verschicken, dann bekommst du eine Einladung von den

Firmen. Was mich kaputt gemacht hat, körperlich und psychisch, waren die vielen ‚Probearbeiten‘. Du arbeitest ohne Geld, machst alles und bekommst nichts.

Ich bin viel gelaufen, ich wollte unbedingt raus aus dem Jobcenter, ich habe mich geschämt, dass es so weit mit mir gekommen ist. Ich habe an mich geglaubt: Ich finde doch Arbeit! Und außerdem, in Deutschland braucht man doch Arbeitskräfte.

Ich habe sehr viele Bewerbungen geschrieben, überall hin. Viele haben gar nicht geantwortet, und von denen, die geantwortet haben, gab es nur Angebote zur Probearbeit – ohne Bezahlung, mit Nachtstunden, ein paar Tage bis eine Woche. Oder dann auch Praktika. Das Jobcenter hat gesagt, das ist gut für mich. Dann habe ich zwei Wochen Praktikum gemacht, obwohl die von vornherein gesagt haben, ich bekomme da keinen Vertrag. Bei manchen hatte ich den Eindruck, die wollen nur Umsonstarbeiter haben.

Ich habe festgestellt, egal wie du dich bemühst, du kannst sehr fleißig sein, sehr diszipliniert, sehr orientiert bei der Arbeit, mit Wille, das hilft alles nichts, du bekommst nichts, die Türen sind zu. Aber das Jobcenter will, dass du in Arbeit gehst, und die Arbeitgeber wollen dich haben, aber ohne Bezahlung, ohne Versicherung. Der ganze Druck lag auf mir, Arbeit finden, egal um welchen Preis, Hauptsache du bist raus. Das ging etwa drei Jahre so. Damals hatte ich noch Kraft. Ich habe Gastronomie, Lager, Verkauf, alles gemacht. Reinigung durfte ich körperlich nicht mehr machen, mein Arzt hatte mir das verboten.

Jetzt bin ich so krank, dass ich gar nicht mehr richtig arbeiten kann. Ich habe meine Gesundheit aufs Spiel gesetzt, weil ich geglaubt hatte, das klappt schon. Jetzt kann ich nie wieder acht Stunden körperlich schwer arbeiten, und ich bin auch nicht mehr jung.“

Heute ist Ilona arbeitsunfähig, starke Erschöpfung, kaputter Rücken, unkontrolliertes Zittern von Kopf und Händen und psychisch instabil, sie leidet unter Panikattacken.

In Polen ist nichts mehr, wofür es sich lohnen würde zurückzugehen, auch fehlt die Kraft, dort nochmal anzufangen:

„Ich wollte nur einen festen Vertrag, hier arbeiten, das war mein Traum, mehr nicht. Ich bin kein faules Stück, kein Schmarotzer. Vielleicht war ich auch zu naiv mit dem Gedanken, dass ich das alles schon schaffe. Es war aber auch das Versprechen, dass wenn man hart arbeitet, hier seinen Platz bekommt. Das ist aber nicht so.

Was mich auch irritiert, dass immer gesagt wurde, wir suchen Arbeitskräfte, aber so viele Leute arbeiten in Teilzeit oder Minijobs, die bekommen keine Vollzeitarbeit. Weil viele Firmen, natürlich nicht alle, aber doch sehr viele: Die wollen einfach sparen, Krankenversicherungen usw., und mit diesen befristeten Verträgen nutzen sie einen aus. Du arbeitest viel mehr, in der Hoffnung, einen festen Vertrag zu bekommen, und du bist froh, überhaupt Arbeit zu haben, denn du musst deine Miete bezahlen, du musst deine Versicherungen bezahlen, du musst deinen Strom bezahlen, und du musst essen. Du bist froh, dass du Arbeit hast.

Wenn du eine feste Arbeit hast, bist du froh, du kannst deine kleinen Ziele erreichen, du kannst deinen Urlaub planen, du kannst was erreichen. Aber ohne Arbeit, was erreichst du dann? Du wirst als Schmarotzer gesehen.“ Ilonas Stimme zittert.

Ich frage sie, ob sie neue Wünsche und Träume hat:

„Nein, ich bin daran zerbrochen. Ich weiß nicht, wie weiter. Ich glaube, ich habe keine Chance mehr überhaupt auf Arbeit und wenn, dann nur in den gleichen Umständen, und das kann man nicht annehmen, da geht jeder Mensch kaputt, nicht nur ich. Ich wollte nur hier arbeiten und einfach leben. Ich wünsche mir das immer noch, aber das sieht schlecht aus, und das ist schade.“



LEIHARBEITSKETTEN, AUSBEUTUNGSKETTEN, SOLIDARITÄTSKETTEN.

Notizen aus den urbanen Ausnahmezonen
des Ruhrgebiets.

von Polina Manolova,
aus dem Englischen von Thorsten Schlee

Im Oktober 2022 rückte Duisburg-Marxloh erneut ins Rampenlicht, dieses Mal aber nicht wegen der immer wieder aufgewärmten Elends- und Kriminalitätsberichte, sondern wegen einer bis dahin noch nicht gesehenen Mobilisierung von EU-Migranten und Wanderarbeitern. Sie reagierten auf den Tod des 26-jährigen Refat Süleyman, eines bulgarischen Industriereinigers aus der Minderheit der türkischsprechenden Bulgaren, der in einem Schlackebecken des größten deutschen Stahlherstellers –Thyssenkrupp Steel – ertrunken aufgefunden wurde.

Duisburg blickt auf eine lange Geschichte der Arbeitskämpfe zurück. Die jüngsten Ereignisse sind aber schon deshalb außergewöhnlich, weil sie von einer Gruppe ausgingen, die zumindest bislang nicht als politisches Subjekt in Erscheinung trat und die eher mit harter Hand diszipliniert wird, sei es durch ordnungspolitische Kontrolle, polizeiliche Kriminalisierung oder durch Viktimisierung und Mitleidspolitik. Die vorherrschenden Diskurse zeichnen bulgarische und rumänische Migranten entweder als Bedrohung oder als Personen, die besondere Unterstützung benötigen, und verschleiern dabei ihre Schlüsselrolle in der Reproduktion postindustrieller Arbeitskraft zum Erhalt einer wirtschaftlich ausgesaugten Region im Westen Deutschlands.

Ich untersuche die strukturellen Gründe, die zu diesen Ereignissen geführt haben, und beleuchte die ausbeuterischen Bedingungen auf lokalen Arbeitsmärkten für Produktion und Dienstleistungen wie auch die äußerst prekäre Lage, in der sich die Arbeitnehmer aufgrund ihres Status als ‚EU-Migranten‘ befinden, und schließlich die besonderen Herausforderungen, die sich aus den rassifizierten Rationalitäten einer lokalen Governance ergeben. Darüber hinaus denke ich über die Bedeutung nach, die dieser kurze Moment migrantischer Artikulation für die Entwicklung eines politischen Bewusstseins und kollektiven Handelns hat, und welche Folgerungen über die Möglichkeiten und Grenzen für den Aufbau breiterer solidarischer Bündnisse gezogen werden können. Meine Überlegungen ergeben sich aus meinem doppelten Engagement als Forscherin, die sich mit der Ausbeutung migrantischer Arbeit in ihren lokalen Kontexten beschäftigt, sowie als aktive Mitstreiterin in migrantischen Kämpfen und Selbstorganisationen in der Region. Ich nenne Duisburg-Marxloh – den Schauplatz dieser Entwicklungen – eine *urbane Ausnahmezone*, um die sozialräumliche Konzentration von Kontroll- und Eindämmungsmechanismen hervorzuheben, die ein ganz spezielles lokales Klima der Ausbeutung und Unterdrückung schaffen.

Geschäfte mit der Ausbeutung von Arbeitskraft

Die Wirtschaft im Ruhrgebiet durchlief in den letzten fünf Jahrzehnten einen gravierenden Wandel. Aus einem Zentrum der Kohle- und Stahlproduktion wurde ein Beschäf-

tigungsstandort mit Schwerpunkten im Dienstleistungssektor und in der Logistik mit geringerer Produktivität und geringeren Gewinnmargen. Immer neue Kosteneinsparungen und der Abbau von Überkapazitäten in der Stahlproduktion haben zu Tausenden von Arbeitsplatzverlusten geführt. Zugleich haben sich neue neoliberale Beschäftigungsmodelle – vor allem Zeitarbeit und andere flexible Beschäftigungsformen – ausgebreitet. Die Umwandlung von ‚Arbeitsplätzen auf Lebzeit‘ in kurzfristige und unsichere Anstellungen ging einher mit dem Massenexodus einheimischer Arbeitskräfte. Die Liberalisierung der EU-Migrationspolitik ermöglichte es, die früheren Malocherkohorten durch neue billige und prekäre Arbeitskräfte aus dem Osten zu ersetzen.

Aufgrund seiner besonderen geografischen Lage als Knotenpunkt im Verkehrs- und Handelsnetz, das die wichtigsten Produktionsstandorte und Vertriebskanäle im Rhein-Ruhr-Gebiet, im Südosten der Niederlande und im Nordosten Belgiens miteinander verbindet, ist Duisburg-Marxloh auch historisch gesehen ein bedeutendes Zentrum für die Anwerbung von Wanderarbeitern, die ein breites Spektrum an lokalen und intraregionalen Märkten bedienen. Der Stadtteil – geprägt von anhaltendem sozioökonomischen Niedergang und Deinvestition – hat eine fast schon modellhafte Anpassung unternommen, in der die vernichtenden Wirkungen ungehinderter Profitmaximierung und der fehlende rechtliche Schutz auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Migranten besonders sichtbar werden. Das Modell Marxloh beruht auf einer gut abgestimmten Mischung aus einem engmaschigen Netz von Subunternehmern, spekulativen Wohnungsmärkten und einschüchternden und erpresserischen Praktiken. Im Ergebnis entsteht ein eigenständiges, segregiertes Beschäftigungssystem, das sich durch ein hohes Maß an Informalität und zunehmenden Abhängigkeiten von Subunternehmern kennzeichnet. Sprachliche und ethnische Netzwerke schmieren das Räderwerk dieser ausbeuterischen Struktur – sie sorgen für einen schnellen und einfachen Zugang zu den Niedriglohnssektoren in der Reinigung, Verpackung und Logistik, im Bauwesen und in anderen Sektoren und schmieden gleichzeitig intransparente Abhängigkeitsverhältnisse, die ein Entstehen von kollektiver Verhandlungsmacht wie auch den Ausstieg aus dem System erschweren.

Nationale Gesetzgebung und EU-Personenfreizügigkeit liefern den rechtlichen Rahmen für das Aufblühen dieser extrem ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnisse und sorgen für ein anhaltendes Angebot an flexiblen, billigen und entrechteten Arbeitskräften aus Bulgarien und Rumänien.

Auf lokaler Ebene entstand mit dieser Politik ein fein abgestimmter Kontrollapparat, der die bürokratischen Vorgehensweisen aus Verwaltungen, Sozialdienstleistern, Strafverfolgungsbehörden und verschiedenen kommunalen Agenturen kombiniert, um – im Ergebnis – den Zugang zu Rechten einzuschränken und zusätzliche Vulnerabilität (Verwundbarkeit) zu erzeugen, indem er selbst die privatesten Lebensbereiche von Migranten unter ein rigoroses Disziplinierungsregime stellt. Zwangsräumungen, Polizeirazzien, Verkehrskontrollen, die Vollstreckung von Bußgeldern und bürokratische Strafverfahren sind wichtige Instrumente staatlichen Zugriffs, um die prekäre Arbeit in städtischen Grenzregionen wie Marxloh unter Kontrolle zu halten.

Gleichzeitig führen die Beschreibungen der institutionellen Akteure in die Irre, weil sie die strukturellen Bedingungen von Verarmung und Elend als Kriminalitäts- und Ordnungsprobleme fehlinterpretieren. Diese Ausgrenzungspolitiken gehen Hand in Hand

mit ethnisierten und kulturalistischen Darstellungen von Bulgaren und Rumänen. Unabhängig davon, was sie über sich selbst sagen, werden sie meist als Roma dargestellt, gelten in gewisser Weise als unzivilisiert, werden in Verbindung mit Kriminalität und ‚Sozialleistungsmissbrauch‘ gebracht. Diese symbolischen Abwertungen verstärken die rassifizierte Schichtung auf dem Arbeitsmarkt und die Konzentration von nicht- (vollständig) weißen Arbeitnehmern in den prekärsten, gefährlichsten und arbeitsintensivsten Bereichen der Produktion.

Subunternehmertum in der industriellen Reinigung: ein Beispiel

Seit den 1980er-Jahren werden Unteraufträge und Leiharbeit eingesetzt. Sie sollen nicht nur Produktionskosten senken, sondern vor allem erhöhen sie die Arbeitsflexibilität, indem sie Risiken schwankender Auftragslagen externalisieren und flexiblen Zugriff auf Arbeitskräfte ermöglichen. Die Ausbreitung von Leiharbeitsverhältnissen in Deutschland ist ein direktes Ergebnis der Gesetzgebung, mit denen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Regierungen seit Anfang der 2000er-Jahre den Arbeitsschutz abgebaut und flexible Arbeit ermöglicht haben. In der Reinigungsbranche, im Baugewerbe, in der Logistik und in der Landwirtschaft dominieren diese atypischen Beschäftigungsverhältnisse die Arbeitsorganisation. Vor allem dort hat sich ein paralleler Arbeitsmarkt mit prekären Jobs herausgebildet und umgekehrt die Vulnerabilität der Arbeitnehmer erhöht und ihnen die Chance auf ein Mindestmaß sozioökonomischer Sicherheit geraubt.

In Duisburg-Marxloh wird diese eigenartige Entwicklung in der Organisation der Industriereinigung bei Thyssenkrupp Steel gut sichtbar. Thyssenkrupp Steel ist immer noch der größte Stahlproduzent Deutschlands. Die Werke prägen das sozioökonomische und demografische Klima der Region seit dem 19. Jahrhundert. Gegenwärtig werden die Produktionsstätten in Duisburg-Bruckhausen von zwanzig Reinigungsfirmen betreut, die mehr als die Hälfte aller dort tätigen Reinigungskräfte beschäftigen (insgesamt zwischen 4.000 und 5.000 Personen). So unterschiedliche Zeitarbeitsfirmen wie Eleman (dort stand Refat Süleyman unter Vertrag) oder Europas größte Zeitarbeitsfirma Randstad sorgen für einen anhaltenden Nachschub flexibler Arbeitskräfte, die bei Bedarf in die Produktionskette eingespeist und auch wieder entlassen werden können.

Die Anlage der Outsourcing-Vereinbarungen ist typisch für globale Wertschöpfungsketten, in denen multinationale Personalunternehmen, nationale Reinigungskonglomerate, regionale Industrieunternehmen, Zeitarbeitsfirmen und verschiedene kleine Zwischenhändler zusammenwirken. Die vielschichtigen Machtverhältnisse auch zwischen den Reinigungsfirmen sind nicht selten abhängig von ethnischen Zugehörigkeiten, Nationalität und rechtlichen Status der Beschäftigten.

Die privilegierten Posten werden von multinationalen Personalkonzernen wie Randstad besetzt. Auf der mittleren Ebene finden wir nationale Reinigungskonzerne wie Piepenbrock und regionale, auf Industrierarbeit spezialisierte Unternehmen, wie Loewe. Auf der untersten Ebene finden wir Zeitarbeitsfirmen wie die Eleman GmbH und andere kleine Dienstleister. Die unterste Ebene besteht aus einer bunten Mischung einzelner Arbeitsvermittler, informelle Personalvermittler und unternehmerischer Migrantenvermittler, die als Bindeglied zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fungieren. Diese Personen sind oft translokale „Broker“, die Dienstleistungen und Transaktionen erleichtern, wobei sich ihre Tätigkeit nicht nur auf Arbeitsvermittlung bezieht, sondern auch andere Lebensbereiche wie Unterkunft, Transport, Gesundheitsversorgung usw. umfasst. Sie unterhalten ein ganzes Subsystem einer gut entwickelten und informell

verwalteten Infrastruktur zur ‚Unterstützung‘ von Migranten.

Der Produktionsprozess von Thyssenkrupp Steel setzt auf eine stark segmentierte Belegschaft. Dazu gehören die Stammarbeiter mit Direktverträgen oder unbefristeten Arbeitsverträgen. Sie setzen sich meist aus etablierten Migrantengruppen oder deutschen Staatsangehörigen zusammen. Dagegen werden EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien sowie Syrer und Afghanen mit Flüchtlingsstatus über Subunternehmen in Leiharbeitsverhältnisse beschäftigt. Dieses eingespielte Zweiklassensystem führt zu unterschiedlicher Bezahlung, zu Unterschieden bei der Arbeitsplatzsicherheit, bei Überstunden und Sozialleistungen, den Arbeitsschutzbestimmungen und den Arbeitszeiten. Beschäftigungsbezogene Missstände und Arbeitsverstöße, auch das Vorenthalten von Lohn, prägen den Alltag in diesem untersten Beschäftigungssegment. Gänge Praxis ist etwa die Manipulation bei Überstunden. Obwohl Arbeiter nur für 60 bis 80 Stunden im Monat eingestellt wurden, müssen sie oftmals die doppelte Menge an Stunden leisten. Vom Arbeitgeber werden die Überstunden nicht vollständig angerechnet, oder er weigert sich, die geleistete Mehrarbeit zu bezahlen. Die Überstunden werden auch als Druckmittel eingesetzt, um die Beschäftigten davon abzuhalten, ihre Rechte geltend zu machen. Der Arbeitgeber kann dann damit drohen, die ausstehenden Stunden in voller Höhe auszahlend. Damit würde die monatliche Einkommensgrenze überschritten und automatisch Zusatzzahlungen beendet.

Ein anderes weit verbreitetes Phänomen sind sogenannte ‚Stand-by-Verträge‘, bei denen schriftliche Vereinbarungen ausgearbeitet werden, die nicht registriert werden, und die die Arbeitgeber im Falle einer Arbeitsinspektion mit gefälschten Anfangsdaten vorlegen. Damit werden Sozialversicherungsbeiträge gespart, und eine große Zahl von hyperflexiblen und informellen Arbeitskräften können angeboten werden, um auf Auftragschwankungen reagieren zu können. Die Hyperflexibilität des Arbeitsprozesses bei Thyssenkrupp wie auch in anderen Produktionsstätten erfordert diese Praxis, Beschäftigte ‚Just in Time‘ einzustellen und den Arbeitsumfang je nach Bedarf anzupassen. Damit müssen mobile und flexible Arbeitskräfte ‚vor Ort‘ vorgehalten werden, die – wann immer sie gebraucht werden – eingesetzt werden können. Umgekehrt wird von den Beschäftigten erwartet, dass sie eine ‚beschäftigungsorientierte‘ Haltung entwickeln, sich an atypische Arbeitszeiten gewöhnen, zur Arbeit herangezogen und auch ohne Vorankündigung entlassen werden können, und Arbeitseinsätze an abgelegenen Standorten mit unvorhersehbarer Dauer akzeptieren.

Bei der Leiharbeit in der Gebäudereinigung und im Baugewerbe beispielsweise handelt es sich zumeist um kurz- oder mittelfristige Einsätze innerhalb des Ruhrgebiets, aber auch in Nachbarländern wie den Niederlanden und Belgien. Manchmal geht es sogar nach Süddeutschland, nach Italien oder Spanien. Die so beschäftigten Wanderarbeiter können nicht langfristig planen und verfügen kaum über einen selbstständigen Umgang mit ihrer Lebenszeit, was in diesem Beschäftigungssegment längere Planungen und Vorhersehbarkeiten unmöglich macht – von einer gesunden Work-Life-Balance kann keine Rede sein.

Diese Phänomene sind den Verwaltungen und lokalen Behörden durchaus bekannt. Sie sprechen über ‚einige faule Äpfel‘ und behaupten damit, es handle sich um Ausnahmereisnerungen von einigen wenigen skrupellosen Arbeitgebern oder von kriminellen Banden, die die Unwissenheit von Migranten ausnutzen. Zumeist werden diese Formen der Ausbeutung in von EU-II-Arbeitnehmern dominierten Sektoren als Ausnahmereisnerungen dargestellt, und es ist von ‚Arbeitsklaverei‘ oder von ‚modernen Lohnsklaven‘ die Rede. Diese Beschreibungen aber verfolgen den doppelten Zweck,

die institutionelle Verantwortung für die inszenierte Verwundbarkeit anzuprangern, die Bulgaren und Rumänen anfällig für Missbräuche macht, und gleichzeitig die zugrunde liegenden sozioökonomischen Faktoren auszublenden, die jedoch fester Bestandteil kapitalistischer Arbeitsteilung sind.

Solidarität inmitten von Misstrauen

Das breite Spektrum an Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region, die Leichtigkeit, mit der man zwischen Arbeitgebern, Subunternehmerketten und Sektoren wechseln kann, sowie die Undurchdringlichkeit der formellen Arbeitsmärkte erklären, warum sich bulgarische und rumänische Arbeitnehmer in Marxloh nicht veranlasst sahen, sich zu organisieren und sich gemeinsam für bessere Arbeitsgelegenheiten einzusetzen. Deshalb haben die spontanen Kundgebungen nach dem Tod von Refat Süleyman und die Interventionen für die Abschaffung von Subunternehmertum in der Gebäudereinigung einen wichtigen Präzedenzfall für die Möglichkeiten der Organisierung und des Aufbaus von Solidarität in extrem marginalisierten Gemeinschaften geschaffen.

Am 23. Oktober 2023 versammelten sich mehr als tausend Bulgaren vor dem Haus Refat Süleymans, um Gerechtigkeit (türkisch: *adalet*) für seinen Tod zu fordern und der Familie des Verstorbenen, der zwei kleine Kinder und eine weitläufige, seit mehreren Jahren in der Gegend lebende Großfamilie hinterließ, Unterstützung anzubieten. Auf dem improvisierten Marsch zum nahe gelegenen Fabrikgelände verdreifachte sich die Zahl der Demonstranten, und es gab Solidaritätsbekundungen von Arbeitern verschiedener Nationalitäten sowie von bulgarischen Kollegen aus den Niederlanden, Belgien und Frankreich.

Die Medien sprachen in der Folge nicht über systemischen Rassismus und die Angst vor lebensbedrohlichen Arbeitsbedingungen, sondern von einem Trauermarsch, mit dem die Forderung der Demonstranten entpolitisiert wurde. Diffuse Gerüchte aus Kreisen, die den Vollzugsbehörden und dem Arbeitgeber nahestehen, schlugen Verbindungen zwischen den Kundgebungen und nicht näher ausgeführten kriminellen Interessen. Gleichzeitig wurde von lokalen Politikern wie auch von bulgarischen Diplomaten das Thema der mangelnden Deutschkenntnisse der Familie aufgebracht. Wieder einmal wurde das Narrativ von einem ungebildeten ‚Roma‘ heraufbeschworen, um damit sowohl die oberflächliche Beschäftigung mit dem Fall seitens der zuständigen Behörden zu rechtfertigen, aber auch, um die Arbeitnehmer, die stillschweigend ihre schlechten Arbeitsbedingungen akzeptieren würden, selbst verantwortlich für eben diese Arbeitsverhältnisse zu machen, die ihr Leben in Gefahr bringen.

Während sie in einer Reihe von Demonstrationen von Oktober 2022 bis Mai 2023 gegen die lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen und rassistische Behandlung kämpften, erkannten die Demonstranten, dass es schwierig ist, Verbündete außerhalb der Community zu finden und eine breitere öffentliche Unterstützung für das Anliegen zu gewinnen. Abgesehen von der normalen Teilung (migrantischer) Arbeiterschaft, die sich in einem multiethnischen Umfeld wie Marxloh entlang von kulturalistischen Stereotypen, Sprachbarrieren und dem Wettbewerb um knappe Ressourcen entwickelt, mussten sich bulgarische Arbeiter auch mit der Zurückhaltung und dem Misstrauen westlicher politischer Öffentlichkeiten auseinandersetzen. Ihr Protestrepertoire, ihre Ästhetik, ihre kulturellen und religiösen Zugehörigkeiten bleiben dem liberalen Mainstream fremd.

Trotz dieser Barrieren kristallisierten sich doch eine Reihe von Stützen der Solidarisation und des kollektiven Handelns heraus, die für die Unterstützung des Widerstands der Arbeitsmigranten entscheidend waren:

Erstens die zahlreichen Solidaritätsbekundungen und ein Zusammenschluss zwischen städtischen Enklaven prekärer bulgarischer (türkisch oder Romanes sprechender) Arbeiter aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und nicht zuletzt aus Bulgarien weisen in eine kollektive moralische Ökonomie, die sich den Mechanismen wirtschaftlicher Ausbeutung und rassistischer Unterdrückung entgegenstellen kann. Der Tod von Refat Süleyman löste eine ganze Serie von Treffen und Diskussionsgruppen offline wie auch online aus, wobei letztere zumeist über Live-Formate in den sozialen Medien stattfanden. Dabei kamen Menschen zusammen, die ihr Mitgefühl ausdrücken wollten, aber auch, um über ähnliche persönliche Schicksale zu sprechen, die langsam als kollektive Notlage erkannt werden und eine gemeinsame Kritik an einem unterdrückenden System erfordern, das ihr Leben im In- und Ausland als weniger wert erachtet.

Zweitens ist die Arbeit von STOLIPINOVO IN EUROPA, einem Basis-Kollektiv zur Unterstützung von Migranten in Marxloh, in Bezug auf die Selbstorganisation der Gemeinschaft besonders hervorzuheben. Die Initiative, die sich aus türkisch sprechenden bulgarischen Migranten aus Stolipinovo, einem segregierten Stadtteil in Plovdiv, Bulgarien, zusammensetzt, hat das tragische Ereignis strategisch politisiert, indem sie auf die Art und Weise aufmerksam gemacht hat, in der die Beschäftigungspraktiken von Subunternehmern Leben gefährden, indem sie Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften umgehen, den Status der Arbeitnehmer zersplittern und die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Im Einklang mit der Forderung der Familie von Refat nach größtmöglicher Öffentlichkeit, um weitere Todesfälle von Migranten zu verhindern, führte STOLIPINOVO IN EUROPA eine öffentliche Kampagne durch, die auf eine gerechte Untersuchung und ein Verbot von Subunternehmern in der industriellen Reinigung drängte. Sie organisierten Demonstrationen, Debatten und Treffen mit Arbeitnehmern, Gewerkschaftsaktivisten und Arbeitsrechtsberatern und leisteten praktische Unterstützung, um das Bewusstsein zu schärfen und die Selbstorganisationsfähigkeiten von Migranten und Wanderarbeitnehmern zu fördern. Dabei unterstützten auch Gewerkschaftsmitglieder und gewerkschaftsnahen Beratungsstellen, die aktiv mit STOLIPINOVO IN EUROPA bei der Verbreitung von Informationen über Arbeitsrechte und Sicherheitsstandards zusammenarbeiteten. Mitglieder und Betriebsräte der IG BAU oder der Gewerkschaft der Gebäudereiniger ermutigten die Arbeitnehmer, sich in organisierten kollektiven Strukturen zu engagieren, erkannten aber auch an, dass ihre Möglichkeiten, wirksamen Schutz zu bieten und das System der Unterauftragsvergabe zu bekämpfen, nur begrenzt sind.

UMARMUNG UND ABWEHR

Migration und Sozialpolitik im
Zeichen der Bevölkerungspolitik

von Thorsten Schlee



Auf den ersten Blick wirkt die Einwanderungspolitik der Bundesrepublik widersprüchlich. Geflüchtete sollen schneller arbeiten dürfen; Fachkräfte aus Drittstaaten sollen nach Deutschland kommen; es werden Abkommen mit Moldawien und Georgien geschlossen, damit Erntehelfer:innen in die Bundesrepublik einreisen können, denn der europäische Arbeitskräftemarkt ist fast schon ausgeschöpft; Pflegekräfte aus Brasilien und Mexiko sollen angeworben werden, und junge Menschen aus der Mongolei starten Ausbildungen im Thüringer Land. In schneller Folge wurden 2020 und 2023 neue Gesetze zur Fachkräfteeinwanderung erlassen, die es erleichtern sollen, dass auch Personen ohne anerkannten Abschluss in Deutschland arbeiten und Menschen ohne Arbeitsvertrag zur Jobsuche nach Deutschland kommen können. Auch für Schutzsuchende, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde, gab es seit 2015 eine Reihe von Erleichterungen. Der Kern ist, dass sich manche Personen trotz abgelehnten Asylantrages ihr Bleiben durch Erfolge in Schule, beim Sprachlernen und auf dem Arbeitsmarkt erarbeiten können.

Diese Öffnungspolitik ist nicht ohne Wirkung geblieben. Die Zahl der ausländischen Beschäftigten hat sich in den letzten zehn Jahren auf 5,6 Mio. Personen fast verdoppelt. Die meisten davon stammen aus dem innereuropäischen Ausland; aber auch derer aus Afghanistan, Syrien oder Eritrea (die Statistik führt die zehn wichtigsten Asylherkunftsländer auf) hat sich auf eine halbe Million verfünffacht (BA 2023). Nicht gezählt – und wegen ihrer Mobilität auch schwer erfassbar – sind die Erntehelfer:innen, die entsendeten Arbeitnehmer:innen, und all die Personen, die manchmal und kurzfristig in Deutschland arbeiten. Nicht zählbar ist schließlich die informelle und illegale Arbeit, die tief in die Struktur ganzer Wirtschaftssektoren und ihres Funktionierens eingelassen ist. Kurz: Ohne diese Bandbreite massenhafter importierter Arbeit, die von hochqualifizierten Expert:innen bis hin zu den vielfältigen informellen und illegalen Arbeitsverhältnissen reicht, würden viele Räder stillstehen.

Die vielgestaltige Offenheit für migrantische Arbeitsleistung steht unverbunden neben aggressiven politisch-medialen Kampagnen, die Migration und Sozialpolitik miteinander verknüpfen und Themen wie ‚Sozialleistungsmissbrauch‘ und ‚Einwanderung

in die Sicherungssysteme' auf die Agenda bringen. Spätestens mit der Reform des SGB II zum nun sogenannten Bürgergeld haben diese Semantiken wieder Fahrt aufgenommen. Im Spätsommer 2023 lassen sich führende Politiker:innen über den Kontrollverlust in Migrationsfragen aus. Sie fordern ein rigides europäisches Grenzregime, sie wollen Anträge auf Asyl externalisieren und bereits in Nordafrika bearbeiten lassen; sie wollen Asylverfahren beschleunigen, sie wollen – wieder einmal – nur noch Sachleistungen auszahlen.

Zur Erinnerung: All das gab es schon. So wurde das erste „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ 1978 erlassen. Damals stieg die Zahl der Asylsuchenden auf 12.000 Personen (Münch 1992, S. 72). Seither wird mit jeder neuen ‚Asylspitze‘ abgewehrt und beschleunigt. Beschleunigung meint in der Regel einen Eingriff in rechtsstaatliche Verfahrensgarantien. Die Argumente haben sich kaum verändert. Wie vor 45 Jahren – als alle noch lange nicht so aufgeklärt waren – klagen vor allem die Kommunen über Überlastungen ihrer Infrastrukturen. In den Folgejahrzehnten gab es immer wieder neue, fast schon zyklisch wiederkehrende Migrations- und Asylabwehrbewegungen. Arbeitsverbote und Erlaubnisse wurden je nach Arbeitsmarktlage manchmal erteilt, dann wieder verwehrt. Seit 1993 gibt es ein eigenständiges Sozialrecht für Asylsuchende und abgelehnte Asylbewerber:innen: das Asylbewerberleistungsgesetz. Es entstand während des Jugoslawienkrieges – wie der Historiker Ulrich Herbert schrieb „im Rauch der Brandsätze“ rassistischer Anschläge. Es sollte die ‚Anreize‘ – so der ökonomistische Jargon – senken, in der Bundesrepublik Asyl zu suchen, und eine klare Abgrenzung zwischen Sozialhilfe für deutsche Staatsbürger und Ausländern schaffen. Das Bundesverfassungsgericht musste den übereifrigen Gesetzgeber daran erinnern, dass ein Mindestmaß an existenzsichernden Leistungen migrationspolitisch nicht zu relativieren sei.

Der Gesetzgeber aber vergisst schnell und will nun wieder Fehlanreize für Asylsuchende reduzieren. Er vergisst oder ignoriert, dass das Asylbewerberleistungsgesetz schwer verwaltbar ist, er vergisst, dass soziale Mindestsicherungen und rechtsstaatliche Verfahrensgarantien mit nationaler Zugehörigkeit nichts zu tun haben, und er ignoriert, dass die Steuerung von Migration über sozialpolitische ‚Anreize‘ noch nie funktioniert hat, und ausschließlich dazu führt, dass Personen in der Bundesrepublik in prekären Verhältnissen leben. Erst in dieser Lage entsteht die Offenheit für die vielgestaltigen Ausbeutungsverhältnisse.

Angesichts der wachsenden Bedeutung migrantischer Arbeit stellt sich die Frage, was das politische System immer aufs Neue in die immer alten Argumentationsmuster hineintreibt. Es wäre zu einfach, davon auszugehen, das politische System sei responsiv gegenüber den nationalen Ressentiments seiner Wahlbürgerschaft, zu denen die 12 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik größtenteils nicht gehören. Dabei unterschätzt man die aktiv herstellende Seite politischer Repräsentation. Das Wort eines Repräsentanten, einer Kanzlerin oder eines Oberbürgermeisters findet Gehör: es öffnet und schließt Sprach- und Handlungsräume. Es macht einen Unterschied ums Ganze, ob eine Kanzlerin 2015 angesichts der Flucht aus Syrien sagt: „Wir schaffen das“ und damit ein breites zivilgesellschaftliches Engagement plausibilisiert und stützt, oder ob acht Jahre später ein sozialdemokratischer Kanzler die Abwehr illegaler Migration und die Beschleunigung von Abschiebungen und damit Ressentiments in der Bevölkerung wie auch in den Behörden plausibilisiert und stützt, während ein Finanzminister wieder einmal die These vom „Wohlfahrtsmagneten“ aus der Mottenkiste holt und

damit rechtfertigen will, dass Asylsuchende nur Sachleistungen erhalten sollen.

„Die Politik“ jedenfalls ist nicht getrieben, sondern sie treibt den national-chauvinistischen Diskurs aktiv voran. Die Wahlforschung sagt, das sei politisch unklug, weil die wahltaktische Kalkulation der Parteien, die sich selbst in der Mitte verorten, Stimmen national gesinnter Bevölkerungsteile zu ergattern, offenkundig nicht funktioniert. Im Gegenteil: Das aggressive Geschrei plausibilisiert Nationalismen, schürt das Ressentiment und macht rechte Parteien weiter wählbar. Dass ein verwehrtter Zugang zum Arbeitsmarkt und/oder zu sozialer Sicherung bislang auch nur eine Person in ihrer Entscheidung bewegt hätte, in die Bundesrepublik zu kommen oder nicht, ist schwer nachweisbar. Die einzig beobachtbaren Wirkungen sind Spaltungen zwischen national bestimmten Identifizierungen bei gleichzeitiger ökonomischer Prekarisierung von Migrant:innen.

Die Rückkehr der Bevölkerungspolitik

Die Einwanderungspolitik erscheint so zunächst gespalten. Sie besteht aus Liberalisierungen und Öffnungen für Fachkräfte und manche Geflüchtete, aber auch immer gleichzeitigen Verschärfungen von Grenzkontrollen, der Bekämpfung von ‚Schleuserkriminalität‘, der Durchsuchung privater Räume und Kommunikationsgeräte oder der Bekämpfung von ‚bandenmäßigem Sozialleistungsmissbrauch‘. Diese nur scheinbar widersprüchliche Politik hat einen gemeinsamen Kern. Sie zielt auf die Steigerung der Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit und Produktivität der Gesellschaft ab. Das Wissen über den Zustand und die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung ist sozialer wie auch migrationspolitischer Leitstern und öffnet ein Feld rationaler Kalkulation politischer Handlungen. Die Entwicklung der Bevölkerung erzeugt anhaltende politische Sorgen und macht andauernde politische Interventionen nötig.

Bereits 1968 sorgte sich der dritte Bericht des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ um die demografische Entwicklung: Im Unterschied zu heute meinten die ökonomischen Hospizen damit aber eine rückläufige Erwerbsbeteiligungsquote wegen der Verlängerung von Schul-, Studien- und Ausbildungszeiten und der Senkung des Renteneintrittsalters aufgrund der Interventionen starker Gewerkschaften (BT-Drs. V/3550). Um solchen sozialstaatlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, müsse man es gut ausgebildeten deutschen Frauen ermöglichen, vermehrt Teilzeitarbeit zu leisten: Es gäbe ja immer mehr Maschinen, die die Hausfrau entlasten würden, beschwichtigen die Wirtschaftsweisen eventuelle Vorbehalte. Die Alternative dazu ist die Steigerung von Einwanderungszahlen (BT-Drs. V/3550, S. 21). Frauen und Ausländer:innen sind und waren in der Bundesrepublik die bevorzugten Verschiebegrößen bevölkerpolitischer Kalkulationen.

Die am männlichen Normalarbeitsverhältnis orientierte Rechnung verschob sich im Wendejahr 1973: Es war das Jahr des Ölpreisschocks, des Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte und des Zusammenbruchs des internationalen Währungssystems. Die Bundesrepublik, die mit ihrem Niedriglohnmodell (und auch damals mit günstiger Energie) ihre Industrieprodukte weltweit verkaufen konnte, stieß an die Grenzen ihres Wachstumsmodells. Es werde in Zukunft nicht mehr um die Ausweitung von Arbeitskräften gehen, sondern um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität (Intensivierung von Arbeit). Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität aber setzte Investitionen

in Produktionstechniken und in Menschen als Träger von Wissen und Fähigkeiten voraus. Man brauchte damals nicht mehr, sondern besser ausgebildete Arbeitskräfte, um Arbeit zu intensivieren. Unter diesen Prämissen formierte sich das Wissen um die Bevölkerung erst Ende der 1990er-Jahre neu. Seither tickt die ‚demografische Zeitbombe‘.

Die Altersentwicklung besteht nun aus der Kombination von wachsendem Durchschnittsalter, sinkender Beschäftigungsquote (wegen der steigenden Zahl der Rentner:innen) und anhaltend niedriger Fertilität (Fruchtbarkeit – meint, zu wenig Kinder). Die immer zukünftig bleibende Bevölkerungsentwicklung macht es nötig, die Elemente politischer Steuerung neu anzuordnen. Unter dem Druck demografischer Fakten bleibt wenig Platz für politische Entscheidungen, denn „der Bereich des Sozialen steht endgültig unter dem Einfluss der Altersstruktur“ (Schmid 2001, S. 20), jubiliert etwa der Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid 2001 in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ und sieht seine Wissenschaft von ihrer missbräuchlichen Verwendung im Nationalsozialismus geläutert, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass gerade die humanitären Verpflichtungen (Fluchtmigration) der Bundesrepublik einer strategischen Bevölkerungsplanung im Wege stehen (Schmid 2001, S. 28).

Was eine strategische Bevölkerungsplanung ist, wird klar, wenn man einen Blick auf ihre Rechengrundlagen wirft. Ob Migration positive oder negative Effekte auf öffentliche Haushalte hat, ist abhängig von den Nettosteuerprofilen von Migrant:innen. Nettosteuerprofile zeigen an, was eine Person die öffentlichen Haushalte kostet, und was sie umgekehrt in ihrem Lebenslauf für die öffentlichen Haushalte erwirtschaftet. Migrant:innen erzielen in der Tendenz weniger fiskalischen Profit als Deutsche. Die zu erwartenden Gewinne bzw. Verluste der Migration sind aber abhängig von der Altersstruktur und den eingebrachten humanen Ressourcen. Je schneller jemand in der Bundesrepublik einer Beschäftigung nachgeht, desto weniger kostet das die öffentliche Hand. Der für den deutschen Staat günstigste Fall ist der ‚brain gain‘. Hier „profitiert der deutsche Staat durch die Einwanderung aus den Herkunftsländern, in denen eine gute Qualität der schulischen und beruflichen Ausbildung gewährleistet ist“ (Brücker u.a. 2019, S. 40). Mit diesem Rechengeschema wird auf europäischer, auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene Migration an ihrem Nutzen für die jeweilige Wirtschaftskraft bewertet und entsprechend ‚gemanagt‘. Als Zahlenwerk kommt die Kalkulation ideologiefrei daher und dient so manchem als willkommene Rechtfertigung für eine liberal-kosmopolitische Einwanderungspolitik mit der Kraft der Zahlen. Das sind aber gefährliche Rechnungen. Die ökonomischen Kalkulationen verbinden sich leicht mit einem ganzen Strauß rassistisch und kulturalistisch aufgeladener Ressentiments, die die Gestalt des Wissens über ‚die Kultur‘ und das Bildungssystem der Herkunftsländer annehmen. Viel wichtiger aber: Wenn wir so rechnen, ist eine an zugerechneter Wertbarkeit (für wen eigentlich?) orientierte Selektionslogik unter der Hand immer schon mitgedacht. Identifizierung, Einschluss und Ausschluss, Abschiebung und Deportation, Kontrolle und Zurückweisung sind die selbstverständlichen Mittel dieser Selektivität.

Der Einsatz der Hartz-Reformen

Der ‚demografische Wandel‘ und seine prognostizierten Wirkungen auf die nationale Produktivkraft und die nationalstaatlichen Sicherungssysteme jedenfalls liefern ein starkes Argument, das auch die Transformationen des Sozialstaates der frühen 2000er-Jahre vor sich hertreibt, das Familienpolitik, Frauenerwerbstätigkeit wie auch

Zuwanderung in einem neuen Licht erscheinen lässt und zu Feldern bevorzugter politischer Intervention macht. Es geht nun darum, die in der Bevölkerung brachliegenden Erwerbspotentiale zu heben. Es entsteht eine bundesweite Integrationsinfrastruktur für Ausländer:innen (Integrationskurse und Migrationsberatungen). Es wird an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gearbeitet, mit dem Ziel, die Erwerbstätigenquote von Frauen anzuheben; und nicht zuletzt geht es darum „Migration im Einklang der wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik“, so heißt es im ebenfalls 2005 reformierten Aufenthaltsgesetz, zu steuern und zu begrenzen.

Die Interventionen der rot-grünen Bundesregierung, die den Namen eines Managers von Volkswagen tragen, schaffen den arbeitsmarktpolitischen Rahmen für diese neue Anordnung. „Es gibt kein Recht auf Faulheit“, äußerte sich der damalige Kanzler 2001 über seine Hauspostille. In der Folge wird einerseits der sozialpolitische Druck erhöht, Arbeit aufzunehmen, indem etwa die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung verkürzt und die Absenkung der Zumutbarkeitsgrenze bei der Aufnahme von Beschäftigung heruntergesetzt werden. Wenn es ein sozialpolitisches Ziel ist, Menschen dem direkten Zugriff profitorientierter Märkte zu entziehen und dadurch Autonomie zu fördern, dann zielten die Hartz-Reformen in die gegenteilige Richtung (Rekommodifizierung).

Begleitet wurden die sozialpolitischen Regelungen von neuen Arbeitsmarktregulierungen, die Vorgaben für Leiharbeit wurden gelockert, die Möglichkeit von Minijobs eingeführt sowie Tarifbindungen ausgesetzt. Das Schlagwort „Fördern und Fordern“ blieb keine hohle Formel und hat sich beschäftigungspolitisch als überaus wirksam erwiesen. 20 Jahre nach den Hartz-Reformen waren noch nie so viele Menschen (absolut) in der Bundesrepublik in Erwerbsarbeitsverhältnissen – was im krassen Widerspruch zu den Prognosen sinkender Erwerbsbeteiligung steht: Noch nie war die Beschäftigtenquote (der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung) so hoch. Verschieden aber hat sich die Struktur der Arbeit.

Die Öffnungen für Leiharbeit und Minijobs führten zum Anwachsen eines Niedriglohnbereichs mit regional sehr unterschiedlichen Ausprägungen. Während die Gesamtzahl im Niedriglohnbereich in den letzten Jahren stagnierte und wieder zurückging, wächst die Zahl weiblicher und bzw. ausländischer Beschäftigter hier noch (BT-Drs. 20/8363, Tab. 4). Gleichzeitig arbeiten mehr als 7 Mio. Personen in Minijobs (BT-Drs. 20/8363, Tab. 12), die oftmals die Voraussetzung für EU-Ausländer:innen bilden, ihren Aufenthalt zu verstetigen und Zugang zu sozialen Leistungen zu erhalten. Die Unterschichtung ausländischer Arbeiter:innen lässt sich auch anhand des Qualifikationsniveaus ablesen. Zusätzlich mehren sich die Berichte aus den einschlägigen Sektoren, etwa dem Bau-Sektor, der fleischverarbeitenden Industrie oder der 24-h-Pflege, über die weit verbreiteten vielschichtigen Ausbeutungsverhältnisse.

Regulierung von Einwanderung durch Kommunen und lokale Akteure

Die arbeitsmarktpolitischen Regulierungen, das SGB II und III sowie das Aufenthaltsgesetz liefern die einwanderungs- und sozialpolitischen Rahmungen; wirksam werden sie aber in den lokalen Ausländerbehörden, Jobcentern, in den Vorgehensweisen von Ordnungsbehörden und anderen lokalen Akteuren. Das Wort ‚lokal‘ hat eine eigenartige demokratische Strahlkraft. Es weckt die Erwartung, dass die ‚große Politik‘ irgendwo – vielleicht in Brüssel, vielleicht in Berlin – über den Köpfen der Bürger:innen hinweg entscheidet, und umgekehrt, dass die lokalen Akteure ‚irgendwie‘ näher an dem Geschehen ‚vor Ort‘ dran sind. Kommunale und lokale Politik birgt das Versprechen

der Unmittelbarkeit und der Bürgernähe, und ihr wird zugeschrieben, dass sie auf die örtlichen Probleme flexibel und weniger politisch, also lösungsorientiert eingeht. In der Migrationsforschung wird immer wieder betont, dass Kommunen in der Lage seien, die restriktiven Politiken der Nationalstaaten zu relativieren, ja sie machten mancherorts Politik abseits und gegen die restriktiven nationalstaatlichen Regelungen. Auch gehört es zum guten Ton von Städten und Regionen, die ‚attraktiv‘ für ausländische Fachkräfte sein wollen, Weltoffenheit und Diversität in ihre Programmschriften und Selbstdarstellungen zu platzieren. Die Wissenschaft bedient sich gerne dieser Selbstbeschreibungen und generiert daraus ‚Best-Practice-Beispiele‘, die in (internationalen) Städtenetzwerken eine eigenartige selbstreferentielle Resonanz erzeugen.

Die Politik der Kommunen aber ist genauso zwiespältig wie die Einwanderungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene. Denn während die Kommunen sich an solidarischen Städtenetzwerken beteiligen oder ihr Integrationskonzept weiterentwickeln, schlagen die Vertretungsorgane der kommunalen Gebietskörperschaften (der Städte- tag, der Kreistag) regelmäßig Einwanderungsalarm. Ihren Verwaltungen drohe der ‚Kollaps‘, wenn nicht die unkontrollierte Migration gestoppt oder das durch die europäische Öffnung entstandene Regelungsdefizit behoben werde. Die einwanderungspolitischen Interventionen vom Städte- und Gemeindetag passen jedenfalls weniger zu den weltoffenen Präsentationen in Hochglanzbroschüren.

Wie auch auf nationaler Ebene besteht vor allem die Befürchtung, schwer integrierbare, bildungs- und arbeitsmarktferne Personen würden sich in den Kommunen ansiedeln, den Haushalt belasten und sozialen Unfrieden produzieren. Wie auch auf nationaler Ebene stehen gutgemeinte Integrations- und Teilhabeförderungsprogramme neben restriktiven Maßnahmen lokaler Migrationsabwehr. Mit der EU-Personenfreizügigkeit wird der Zuzug aus dem europäischen Ausland nicht mehr nationalstaatlich reguliert, entsprechend legen die Kommunen nun selbst Hand an: Sie waren wesentlicher Protagonist des folgenreichen Ausschlusses von EU-Bürger:innen aus den Systemen der Mindestsicherung (z.B. Trubeta 2022), sie beobachten mit Argusaugen das lokale Migrationsgeschehen, definieren vorwiegend migrantisch geprägte Gebiete als Problembezirke, in denen Polizei und Ordnungsamt eine erhöhte Präsenz zeigen, problematisieren ‚Armutsmigration‘, erschweren administrative Prozesse, räumen aus Brand- schutz- und Sicherheitsgründen migrantische Quartiere oder richten behörden- übergreifende Zusammenarbeiten ein, um den ‚Sozialleistungsmissbrauch‘ von Ausländer:innen aufzudecken. Zumindest was die Gleichzeitigkeit von normalisierender Umarmung und restriktiver Abwehr angeht, liegen Gesetzgebung und politisch-administrative lokale Praxis nicht weit auseinander.

Jenseits der Bevölkerungspolitik

Es erscheint zunächst naheliegend, den migrations- und sozialpolitischen Diskursraum und seine Betonung nationaler und leistungsorientierter Zugehörigkeit an seine Kennzahlen zu erinnern und die Abhängigkeit der Volkswirtschaft von migrantischer Arbeit hervorzuheben. Hier liegt aber schon die erste substanzielle Verwechslung vor, weil ‚Kennzahlen‘ bedeutet: All die Menschen (auch aus dem Ausland), die als LKW-Fahrer:innen, im produzierenden Gewerbe, als Ärzt:innen, als Lagerarbeiter:innen, in der Pflege, in der Wissenschaft usf. arbeiten und zuweilen in Deutschland leben.

Mit diesem zunächst nützlich erscheinenden Argument tapst die kosmopolitisch gut gemeinte ‚Faktenjagd‘ schon in die ökonomistische Falle und bewegt sich nicht weit von den Kosten-Nutzen-Rechnungen europäischer-nationaler-regionaler Bevölkerungs-

politik mit ihrem zweiseitigen Programm der Umarmung und der Abwehr. Ihre Rechen- grundlagen haben sich geändert, und sie werden sich wieder ändern: Wer gestern noch nützlich war, kann morgen schon überflüssig sein. Die Kosten-Nutzen-Kalkulation öffnet den Weg in eine entmenschlichende Bevölkerungspolitik, deren Brutalität in den europaweit verstreuten Grenzräumen bereits unverhohlen zu Tage tritt: An den europäischen Außengrenzen, in den Lagern und in den urbanen Grenzgebieten, in denen eine neue ‚gefährliche Klasse‘ Gegenstand ordnungspolitischer Sorge und Intervention wird. Gerade mit diesen Praktiken verlieren die Institutionen und Semantiken demokratischer und sozialer Rechtsstaatlichkeit ihre Glaubwürdigkeit: Sie werden nicht ‚von Außen‘ bedroht, sondern von Innen zerfressen. Als floskelhafter Formalismus leiten sie das symbolische Selbstverständnis und Wissen um die Überlegenheit ‚westlicher Werte‘ noch an, aber sie lassen sich nur mit viel Fantasie in den verstreuten Grenzräumen wieder finden. Plausibel bleibt ein europäischer Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts nur für seine Insider, die Probleme mit Grenzübertreten, Polizeigewalt, Räumungen, bürokratischen Abweisungen u.ä. einfach nicht kennen.

Dennoch finden wir hier wichtige bürgerlich-emanzipatorische Bestände politischen Handelns abseits der Bevölkerungspolitik: Der soziale Rechtsstaat weiß zwischen Wert und Würde zu unterscheiden, er will eine menschenwürdige Existenz sichern und das gilt nicht für manche, sondern für alle (z.B. § 30 SGB I). Nirgendwo ist die Rede davon, dass der Sozialstaat Verantwortung für die Herstellung der Verwertbarkeit seiner Bevölkerung trägt, wohl aber davon, die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu ermöglichen. Die Faulheitsunterstellungen, Druckmechanismen und die rechtliche Ausgrenzung einzelner Gruppen, mit der Tendenz immer weitere Ausnahmen zu schaffen, ist interessenspolitisch und historisch erklärbar, nicht aber notwendiges Element in einem an Menschenwürde und inklusiven Recht sozialer Sicherung orientierten sozialen Rechtsstaat.

Dieser Rechtsstaat gründet in historischen Erfahrungen exzessiver staatlicher Macht- ausübung und einem entsprechend institutionalisierten Misstrauen gegenüber den ungeheuerlichen Fähigkeiten organisierten staatlichen Handelns. Er wird sich abschaffen, wenn er kraftmeiernd überall Gefahren bekämpft, wenn er bei allen Bürger:innen und vorwiegend bei Ausländer:innen Missbrauch, Geheimnisse und Gefahren wittert und sich dabei als neutraler Großregulator gesellschaftlicher Interessen beschreibt, der Gemeinwohl und Staatsraison souverän definiert.

Pluralistisch-demokratischer und sozialer Politik war die Figur eines neutralen Staates, der über den Interessen einzelner Gruppen steht und der deshalb durchgreifen kann, immer schon verdächtig, und doch ist diese Figur in weiten Teilen des politischen Spektrums wieder salon- und politikfähig.

Literatur

- Bundesagentur für Arbeit (2023): Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen). Deutschland, Länder und Kreise. Nürnberg.
- Brücker, Herbert/ Fuchs, Johann/ Schuß, Eric/ Söhnlein, Doris/ Trübsetz, Parvati/ Weber, Enzo (2019): Kurzexpertise Zuwanderung. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). Nürnberg.
- Herbert, Ulrich (2014): Asylpolitik im Rauch der Brandsätze – der zeitgeschichtliche Kontext, in: Luft, Stefan; Schimany, Perter (Hrsg.): 20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven. Bielefeld, S. 87-104.
- Münch, Ursula (1992): Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen. Opladen.
- Schmid, Josef (2001): Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 43/2001, S. 20-30.
- Trubeta, Sevasti (2022): Diskurse um EU-Binnenmigration aus Süd- und Südosteuropa, in: Zeitschrift für Migrationsforschung, Bd. 2 Nr. 1, S. 61-94.
- Zimmermann, Klaus F./ Bauer, Thomas K.; / Bonin, Holger/ Fahr, René und Hinte, Holger (2002): Arbeitskräftebedarf bei hoher Arbeitslosigkeit. Ein ökonomisches Zuwanderungskonzept für Deutschland. Berlin.

MITWIRKENDE

Anna Irma Hilfrich

Anna ist seit 2011 Wahlduisburgerin und arbeitet als Kunst- & Kulturschaffende in unterschiedlichen Komplizenschaften. Am liebsten werkelt sie mit audiovisuellen Medien: dokumentarischen Film, Puppenanimation, Audiocollagen u.ä. Seit 2021 ist sie Aktive im gemeinnützigen Verein KUKSTDU e.V. (Kunst- & Kulturstudien Duisburg).

Diether Münzberg

Diether, 1946 in Duisburg geboren, arbeitete zunächst als Chemielaborant (Lehre 1961-65, Mannesmann, Duisburg-Huckingen). Ab 1965 wechselte er zur DK (Duisburger Kupferhütte) bis 1970. Anschließend studierte er an der Werkkunstschule Köln bei Arno Jansen und an der Fachhochschule Bielefeld bei Gottfried Jäger Fotografie. Seit 1982 unterrichtete er Fotografie und historische fotografische Verfahren. Er erhielt 1998 eine Honorarprofessur an der FH Bielefeld und 2005 eine ordentliche Professur für visuelle Medien an der privaten Fachhochschule des Mittelstands (FHM) in Bielefeld.

Die in dieser Publikation gezeigten Fotografien stammen aus Diethers Diplomarbeit von 1976: HOCHFELD, EIN LEBENSRAUM. In diesem Stadtteil hatte er selbst seine Kindheit erlebt. Mit der Abschlussarbeit begann seine fotografische Tätigkeit im Ruhrgebiet. Auch aus seinen Arbeiten DUISBURG HOCHFELD 1979-82 und aus der Fotoserie DIE DUISBURGER KUPFERHÜTTE NACH DER SCHLIESSUNG 1985 haben einige Fotografien ihren Weg in diese Publikation gefunden. Aus letzterer entstammt der hier abgedruckte Text 2. SCHALTZENTRALE. Das gesamte Konvolut befindet sich seit 2016 im Fotoarchiv Ruhr Museum, Essen. Mehr Informationen zu Diethers Arbeiten findet ihr unter: www.dmuenzberg.de

Klaus Steffen

Klaus lebt und arbeitet als Autor, Musiker und Entertainer in Duisburg. In seinem Bühnenformat SCHATTENKIOSK präsentiert er regelmäßig neue Erzählungen, Lieder, Videos. <https://www.tumblr.com/schattenkiosk> und: www.youtube.com/@schattenkiosk9404

Lena Wiese

Lena ist Aktivistin, interdisziplinäre Stadt-, Migrations- und Sozialforscherin und arbeitet aktuell als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim IAQ (Institut Arbeit und Qualifikation) an der Universität Duisburg-Essen im Forschungsprojekt DISKRIMINIERUNG JENSEITS DER KATEGORIEN: ERFAHRUNGEN OSTEUROPÄISCHER EINWANDELER IN URBANEN SOZIALRÄUMEN (DjeKa).

Ihren Master (Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen am IMIS – Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien – in Osnabrück) hat sie mit der empirisch-explorativen Masterarbeit „DIE IDEALE TÜRKIN – Rekonstruktion der Selbstpositionierungen und Handlungsräume ultranationalistischer Frauen in Deutschland“ abgeschlossen.

In Duisburg-Hochfeld (Hass-Liebe und Lebensmittelpunkt) ist sie als Vorstands vorsitzende im SGD e.V. (VEREIN FÜR DIE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT DER VIELEN e.V.) aktiv. Im ehrenamtlich betriebenen ZENTRUM FÜR KULTUR HOCHFELD (ZK) werden marginalisierte und linke Perspektiven in gesellschaftlichen Debatten durch die Förderung von generationsübergreifender Bildungs- und Kulturarbeit, der Förderung von Kunst und Kultur sowie der Wissenschaft und Forschung gestärkt. Diese Politik von unten (Sozialberatung gegen Zwangsräumung und Verdrängung, Essensausgabe, Jugendworkshops, Kulturprogramm etc.) und das jährlich stattfindende FEST DER VIELEN versteht sich als eine kollektive Antwort einer Umverteilung von Ressourcen und gesellschaftlicher Teilhabe für eine solidarische Gesellschaft der Vielen. www.zkhochfeld.de

Dr. Ioana Vrăbiescu

Ioana ist Assistenzprofessorin an der Vrije Universiteit Amsterdam und arbeitet derzeit an einem Projekt, das die Rolle ethischer Emotionen bei der Durchsetzung des staatlichen Apparats zur Migrationskontrolle beleuchtet. Zuvor untersuchte sie im Rahmen ihres DispoCIT-Projekts (University of Warwick), wie sich die transnationale polizeiliche Zusammenarbeit bei der gezielten Abschiebung rumänischer Bürger auf die staatliche Souveränität und die Enteignung von Staatsbürgern auswirkt. Sie führte unter anderem Feldforschungen an mehreren Standorten entlang des Abschiebeapparats in Frankreich und Rumänien (Universität Amsterdam) sowie ethnografische Forschungen bei Sozialdiensten und Einrichtungen zur Migrationssteuerung in Spanien (Open Society Institute) durch. Sie arbeitete mit mehreren Forschungsprojekten und -zentren zusammen, wie dem H2020-Projekt (RELOCAL), und war Gastwissenschaftlerin an der Universität Tel Aviv und der New School for Social Research in New York City.

Dr. Polina Manolova

Polina (PhD Birmingham 2017) ist Ethnografin und war als Post-Doc an der Universität Tübingen und der Universität Duisburg-Essen tätig. Ihre Forschung beschäftigt sich mit dem Migrations- und Grenzregime innerhalb der EU, mit einem Schwerpunkt auf der Verräumlichung von Migrationskontrollen, der Arbeitsausbeutung osteuropäischer Migranten und verschiedenen Formen des Widerstands. Ihre Analyse entwickelt sich vor dem Hintergrund ihrer direkten aktivistischen Teilnahme an sozialen Kämpfen und ihrer anhaltenden Beschäftigung mit den Spannungen und Produktivitäten zwischen dem akademischen, ethnographischen und aktivistischen Feld. Ihre aktuelle Feldforschung in Duisburg-Marxloh befasst sich mit verräumlichten Technologien biopolitischer und rassifizierter Governance und deren Produktivität bei der Konzeptualisierung globaler Figurationen von Arbeit, Mobilität und Kapital.

Polina ist Mitbegründerin des Vereins STOLIPINOVO IN EUROPA e.V. Dieser ist eine Basisinitiative zur Unterstützung von Migranten, die im März 2022 von bulgarischen türkischsprachigen Migranten in Duisburg-Marxloh gegründet wurde. Die Mitglieder sind Aktivist*innen mit Minderheitenhintergrund und Erfahrung in städtischen Kämpfen in Stolipinovo (Bulgarien), einem segregierten Stadtviertel, das einer rassistischen Politik der sozioökonomischen Ausgrenzung und des infrastrukturellen Verfalls ausgesetzt ist. Die Initiative bietet Wanderarbeitern und ihren Familien politische Unter-

stützung in Fragen des Missbrauchs von Arbeitsrechten, der Ausbeutung, des Zugangs zu Sozialleistungen und öffentlichen Dienstes sowie bei Polizeikontrollen und Repression.

In den vergangenen Monaten hat Polina nach dem Tod des türkischen Bulgaren Refat Süleyman, der bei der Arbeit bei ThyssenKrupp Steel in Bruckhausen ums Leben kam, für bessere Arbeitsbedingungen in der Industriereinigungsbranche gekämpft.

www.stolipinovieuropa.org/de/

Dr. Thorsten Schlee

Thorsten ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Er forscht zu Produktion und Verwaltung von Migration in Ausländerbehörden und Jobcentern wie auch zu den Lebenssituationen von Migrierten.

Lektorat

Stefan Schroer, Duisburg
Isolde Parussel, Dortmund

Heinrich Hafenstaedter

Heinrich flaniert seit Jahrzehnten mit seiner Kamera durch Duisburg. Die hier abgedruckten Fotografien stammen vom März 1982:

„Anfang der 1980er-Jahre wurden in Hochfeld große Teile der Kupferhützensiedlung abgerissen. Das zog sich über viele Jahre hin. Inmitten von Ruinen lebten bis zum Schluss immer noch viele Menschen. Sie wurden behandelt als Duisburger dritter Klasse, denn die meisten waren nicht nur arm, sondern besaßen auch keinen deutschen Pass“,

schreibt Heinrich auf seiner Website. Hier findet ihr mehr seiner Fotografien, Beobachtungen und Gedanken:

www.hafenstadt.eu/

KiezKids 053

Im September 2022 ging es los: Das ZENTRUM FÜR KULTUR IN HOCHFELD (ZK), das ‚Vereinsheim‘ des SGD e.V., öffnete die Türen für die Kids im Kiez. Unter anderem haben die KiezKids 053, ca. 8-14 Jährige aus der Nachbarschaft, seither jeden Freitag die Gelegenheit, mit Film- & Fotokameras zu experimentieren. In dieser Publikation sind einige ihrer Fotografien abgedruckt, die auf den ‚Streifzügen‘ durch Hochfeld entstanden.

KUKSTDU e.V. – Kunst- & Kulturstudien Duisburg

KUKSTDU e.V., die Herausgeber:in dieser Publikation, hat es sich zum Ziel gesetzt, mithilfe eigener Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen die kulturelle Landschaft, insbesondere in Duisburg, aber auch darüber hinaus, aktiv mitzugestalten und die Geschichten der Immigrant:innen und anderer marginalisierter Gruppen in die Sicht- und Hörbarkeit zu bringen. In die Vergangenheiten blicken, die Gegenwart mitformen und Möglichkeitsräume für eine vielgestaltige, gemeinsame Zukunft zu schaffen, sind die Triebfeder des jungen Vereins.

<http://kukstdu.de/>

WEITERES

Hier findet ihr Links zu audio-visuellen Dokumentationen zum Themenfeld. Das Material ist im Laufe der letzten drei Jahre in unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen entstanden.

https://drive.google.com/file/d/14d4BLALa_5c4kRQWIIA0zoiH9DJMjncp/view?usp=drive_link



Ihr habt Fragen oder wollt euch austauschen?

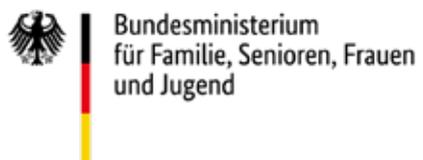
Meldet euch gerne direkt bei der Projektverantwortlichen Anna Irma Hilfrich:

annairmahilfrich@web.de

Betreff: EuropaLokal



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Herausgeber:in



Druck:



Münzstr. 13
47051 Duisburg

1. Auflage, Duisburg 2023/24

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt die Herausgeber:in die Verantwortung.

KUKSTDU

**KUNST- UND KULTURSTUDIEN
DUISBURG E.V.**